

■■■ Albert Einstein war nicht nur der berühmteste Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts, er engagierte sich auch immer wieder mit großer Leidenschaft in der Politik. Seine Stellungnahmen waren allerdings eher selten von lateinischer Kohärenz und Klarheit geprägt. Britta Scheideler analysiert das politische Weltbild des Moralisten und Pazifisten und konfrontiert uns dabei mit vielen Ambivalenzen, die sich aus der verstörenden Mischung von demokratischem und elitärem Denken ergeben. ■■■

Britta Scheideler

## Albert Einstein in der Weimarer Republik

Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch

### Albert Einstein – ein außergewöhnlicher Demokrat unter Gelehrten?

Als Ausnahme erscheint Albert Einstein nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht. In nahezu zahllosen öffentlichen Appellen trat Einstein bereits ab 1914 für Frieden und Völkerverständigung, später für die Abschaffung des Obrigkeitsstaates und für die Weimarer Republik ein. Seine Bündnisgenossen waren dabei linksorientierte Schriftsteller und Künstler wie Alfred Döblin, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, Henri Barbusse oder Romain Rolland, während die Mehrzahl seiner naturwissenschaftlichen Kollegen auf sein Engagement für Pazifismus und Demokratie irritiert bis heftig ablehnend reagierte. Dabei verlieh Einsteins enorme Popularität ab 1919 seiner Stimme – wie Einstein selbst spottete – „als Renommierbonze“<sup>1</sup> ganz besonderes Gewicht. Als inhaltlichen Kern dieses außergewöhnlichen Engagements lässt sich neben einem gefühlsmäßigen Pazifismus Einsteins mehrfach geäußerte Überzeugung von der „menschliche[n] Persönlichkeit als de[m] höchsten menschlichen Wert“<sup>2</sup> und von der Würde, der prinzipiellen Gleichrangigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht jedes Individuums ausmachen. Sie sah er bereits lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 durch Militarismus, Nationalismus und jede Art von Diktatur bedroht: „Mein politisches Ideal ist das demokratische. Jeder soll als Person respektiert und keiner vergöttert sein.“<sup>3</sup>

In merkwürdigem Kontrast zu diesem Bekenntnis steht allerdings Einsteins zeitgleiche Unterscheidung zwischen dem „gemeinen Pöbel“ und den „rohen

<sup>1</sup> Zit. nach Albrecht Fölsing, *Albert Einstein*, Frankfurt a. M. 1994, S. 571. Die Vorarbeiten zu diesem Aufsatz gehen auf Studien am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin zurück, dem ich für seine Gastfreundschaft danke. Danken möchte ich auch Giuseppe Castagnetti, Hubert Goenner, Jürgen Renn, Jost Schneider, Michael Schüring und Skúli Sigurdsson für ihre Anregungen und Kommentare.

<sup>2</sup> *Albert Einstein, Über den Frieden. Weltordnung oder Untergang*, hrsg. v. Otto Nathan und Heinz Norden, Bern 1975, S. 167.

<sup>3</sup> *Albert Einstein, Mein Weltbild*, hrsg. v. Carl Seelig, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981 (zuerst veröffentlicht Amsterdam 1934), S. 8.

■■■ VfZ 3/2005 © Oldenbourg 2005

Massen“<sup>4</sup> einerseits und der „geistige[n] Elite“ andererseits, deren mangelnden politischen Einfluss er beklagte. So schrieb er 1932 zur Frage „Warum Krieg“ an den Psychoanalytiker Sigmund Freud: „Die politischen Führer bzw. Regierungen verdanken ihre Stelle teils der Gewalt, teils der Wahl durch die Masse. Sie können nicht als eine Vertretung des geistig und moralisch höherstehenden Teiles der Nationen angesehen werden. Die geistige Elite übt aber heute keinen direkten Einfluss auf die Geschichte der Völker aus [...]“<sup>5</sup>

Sofern die Sekundärliteratur diesen Widerspruch von elitären und demokratischen Zügen im politischen Denken Einsteins überhaupt thematisiert, fragt sie jedoch nicht nach seinen Gründen. So stellt Albrecht Fölsing lediglich fest, dass „Einsteins entschiedenes Bekenntnis [...] zur Demokratie“ für akademische Kreise ungewöhnlich war, dass er sich in der „elitären Verachtung des gemeinen Mannes“ aber nicht von einem beliebigen reaktionären Ordinarius unterschied<sup>6</sup>. Bei dem folgenden Versuch, diesen Widerspruch zu erklären und aufzulösen, werden zwei Hypothesen eine besondere Rolle spielen. Sie betreffen erstens Einsteins Demokratieverständnis, das von heutigen Auffassungen einer liberalen und pluralistischen Demokratie abweicht, und zweitens Einsteins Verständnis von Wissenschaft, das Wissenschaftlern nicht nur hohe intellektuelle, sondern auch besondere moralische Kompetenzen zuschrieb.

Ein solches Wissenschaftsverständnis war für die Mehrheit der geisteswissenschaftlichen Professoren in Deutschland vor 1933 charakteristisch. Entsprechend der neuhumanistischen Tradition im Bildungsbürgertum bedeutete die über Kunst und Wissenschaft vermittelte „Bildung“ nicht nur intellektuelle Schulung, sondern vor allem auch „Persönlichkeitsbildung“. Daher verstanden sich die Professoren als Hüter eines Allgemeinwohls im Gegensatz zum vermeintlichen Partikularinteresse von Parteien und Verbänden<sup>7</sup>. Das politische Verhalten dieser Gruppe ist aus diesem spezifischen Selbstverständnis als Wertelite überzeugend erklärt worden. „Als Wissenschaftler [verkündeten sie] moralische und politische Normen, [...] die der übrigen Bevölkerung [...] als Maßstab dienen sollten.“<sup>8</sup> Dies legt die Frage nahe, ob auch Einsteins politisches Denken und Handeln

<sup>4</sup> Einstein an Marie Curie, 25. 12. 1923, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 83, sowie Einsteins Beitrag für das „Liber Amicorum“ zu Romain Rollands 60. Geburtstag am 29. 1. 1926, in: Ebenda, S. 97.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 203. Siehe zur Datierung des Briefes Siegfried Grundmann, *Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik*, Berlin/Heidelberg/New York 2004, S. 365.

<sup>6</sup> Fölsing, *Albert Einstein*, S. 702. Auch Jürgen Neffe, *Einstein. Eine Biographie*, Reinbek 2005, skizziert Einsteins politische Ansichten in ihrer Widersprüchlichkeit, ohne sein politisches Denken und Handeln jedoch weiter zu analysieren. In Hubert Goenners sehr fundierter Studie zu „Einstein in Berlin“ (München 2005) werden diese Widersprüche noch am deutlichsten herausgestellt, wenngleich der Fokus nicht auf der Analyse der Ursachen und auf einem vergleichenden Ansatz liegt.

<sup>7</sup> Vgl. Herbert Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim a. Glan 1975, S. 248 f., und Klaus Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, Boppard a. Rh. 1988, S. 22.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 16.

und insbesondere sein Demokratieverständnis von dem Selbstverständnis beeinflusst war, als Wissenschaftler einer Wertelite anzugehören. Die folgende Darstellung wird dieser Frage nachgehen.

Im Unterschied zu zahlreichen Einstein-Biographien steht somit nicht Einstein als Außenseiter und Ausnahmeerscheinung im Fokus<sup>9</sup>. Vielmehr sollen im ersten Teil dieses Aufsatzes sein politisches Rollenverständnis und seine politischen Denk- und Handlungsmuster im Kontext der zeitgenössischen Intellektuellenbewegung und im Vergleich zur Gruppe der Hochschullehrer betrachtet werden, der Professor Einstein angehörte. Damit stellt sich jedoch ein Problem. Empirisch abgesicherte Studien, wie sie für das Rollenverständnis der Geisteswissenschaftler erstellt wurden, liegen für die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer nicht vor<sup>10</sup>. Entsprechend kursorisch ist daher die diesbezügliche Skizze im Vergleich zu Einstein. Mit der Frage, wie sich Einsteins soziale und politische Leitbilder, sein Demokratieverständnis und sein Verständnis der eigenen politischen Rolle in seinem politischen Handeln zwischen 1914 und 1933 widerspiegelten, wird sich der zweite Teil dieses Aufsatzes befassen.

### **Zum politischen Rollenverständnis naturwissenschaftlicher Hochschullehrer<sup>11</sup>**

Deutliche Anhaltspunkte dafür, dass das politische Rollenverständnis von Naturwissenschaftlern von dem ihrer Kollegen aus den anderen Fakultäten abwich, geben die Zahlen ihrer aktiven politischen Beteiligung. So befanden sich unter den 62 Professoren, die zwischen 1871 und 1918 im deutschen Reichstag vertre-

<sup>9</sup> Vgl. Armin Hermann, *Einstein: Der Weltweise und sein Jahrhundert*, München/Zürich 1994; Abraham Pais, *Ich vertraue auf Intuition. Der andere Albert Einstein*, Heidelberg/Berlin/Oxford 1995; Lewis Pyenson, *The young Einstein. The advent of relativity*, Bristol/Boston 1985. Siehe dagegen David Cassidy, *Einstein and our world*, New Jersey 1995. In der sensationseisenden Monographie von Thomas Levenson wird „Einstein in Berlin“ (New York u. a. 2003) nur oberflächlich beschrieben und erscheint über weite Teile lediglich als Aufhänger für eine historisch fragwürdige Darstellung der Zeit von 1914 bis 1933.

<sup>10</sup> Die naturwissenschaftlichen Professoren werden in den Arbeiten zur deutschen Hochschullehrerschaft und zum Bildungsbürgertum nicht oder nur am Rande berücksichtigt; vgl. *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Bde. 1–4, hrsg. v. Werner Conze, Jürgen Kocka, Reinhart Koselleck und M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1985–1992; Christian Jansen, *Professoren und Politik: politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935*, Göttingen 1992; Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*, Stuttgart 1983; Klaus Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des ersten Weltkrieges*, Göttingen 1969. Ihre Zugehörigkeit zum Bildungsbürgertum wird stillschweigend vorausgesetzt, obwohl das naturwissenschaftliche Wissen den Kanon des humanistischen Bildungswissens sprengte, das für das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung und für sein Selbst- und Fremdverständnis als gesamtgesellschaftliche Orientierungsinstanz zentral war; vgl. Dieter Langewiesche, *Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert*, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 4, S. 95–119, und M. Rainer Lepsius, *Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung*, in: *Ebenda*, Bd. 3, S. 8–18.

<sup>11</sup> Wenn im folgenden von „Naturwissenschaftlern“ gesprochen wird, so sind ausschließlich die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer gemeint.

ten waren, nur drei Naturwissenschaftler, also 5 Prozent, während sie 1910 24 Prozent aller Hochschullehrer stellten<sup>12</sup>. Von 1919 bis 1924 war kein Vertreter einer naturwissenschaftlichen Disziplin mehr in der Nationalversammlung bzw. im Reichstag vertreten. Auch unter den aktiven Mitgliedern der überparteilich-politischen Verbände des Kaiserreichs sowie als Verfasser von politischen Publikationen waren sie im Gegensatz zu Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern deutlich unterrepräsentiert<sup>13</sup>, während Naturwissenschaftler zum passiven Anschluss an vorbereitete politische Erklärungen etwas eher bereit waren<sup>14</sup>.

Natürlich bedeutete das unterdurchschnittliche Engagement der Naturwissenschaftler keine politische Indifferenz. Vermutlich herrschte unter ihnen ein national-konservativer Grundkonsens vor, für den verschiedene Untersuchungen Belege geliefert haben<sup>15</sup>. Empirisch allerdings noch nicht abgesicherte Gründe für diese geringere politische Aktivität lassen sich darin sehen, dass die Naturwissenschaftler im Gegensatz zu den Geisteswissenschaftlern mit dem Status quo im Kaiserreich zufrieden sein konnten. Während die Vertreter der gelehrten politischen Leitdisziplinen ihre Meinungsführerschaft um so stärker betonten, je mehr ihr Führungsanspruch durch Modernisierung und Demokratisierung bedroht wurde, erlebten die Naturwissenschaftler inner- wie außeruniversitär einen Prestigezuwachs<sup>16</sup>. Als weitere Gründe für die politische Zurückhaltung der Naturwissenschaftler werden die relative Distanz ihrer Wissenschaft zu tagespolitischen Fragen<sup>17</sup> und ihr Wissenschaftsbegriff angeführt.

Das insbesondere den Geisteswissenschaften zugrundeliegende Wissenschaftsideal des Neuhumanismus drängte geradezu darauf, die Wissenschaft für die Persönlichkeitsbildung, für weltanschauliche und politische Ordnungsentwürfe

<sup>12</sup> Vgl. Bernhard vom Brocke, Professoren als Parlamentarier, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 55–92, hier S. 72–82, und für das Folgende Fritz Ringer, *Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871–1933*, in: Ebenda, S. 93–104, hier S. 94.

<sup>13</sup> Siehe Roger Chickering, *Imperial Germany and a World without War*, Princeton 1975, S. 151–162, sowie Jansen, *Professoren und Politik*, S. 24 f. u. S. 102 f.

<sup>14</sup> So stellten sie immerhin 16% der 647 Hochschullehrer, die im Zeitraum von 1914 bis 1933 mehr als einmal politische Aufrufe unterschrieben haben; vgl. Döring, *Der Weimarer Kreis*, S. 256–272, und zur Auswertung der Namenslisten Britta Scheideler/Hubert Goenner, „Albert Einstein in politics – a comparative approach“, *Max-Planck-Institute for the History of Science*, Berlin, Preprint 63 (1997), S. 1–28, hier S. 2 f.

<sup>15</sup> Vgl. Kurt Bayertz, „Siege der Freiheit, welche die Menschen durch die Erforschung des Grundes der Dinge errangen“: *Wandlungen im politischen Selbstverständnis deutscher Naturwissenschaftler*, in: *Berichte Wissenschaftsgeschichte* 10 (1987), S. 169–183; Brigitte Schroeder-Gudehus, *Isolation und Kooperation der nationalen Scientific Communities*, in: *Einstein Symposium Berlin*, hrsg. v. Horst Nelkowski u. a., Berlin u. a. 1979, S. 517–536; Gabriele Metzler, *Internationale Wissenschaft und nationale Kultur. Deutsche Physiker in der internationalen Community 1900–1960*, Göttingen 2000.

<sup>16</sup> Siehe Jansen, *Professoren und Politik*, S. 15, und Lothar Burchardt, *Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich*, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 151–214, hier S. 206–210.

<sup>17</sup> Vgl. ebenda, S. 211 f.

fruchtbar zu machen<sup>18</sup>. Da die Naturwissenschaftler mit Ausnahme der Mathematiker die nicht neuhumanistisch fundierten Wissenschaften und Methodiken vertraten, implizierte ihr Wissenschaftsbegriff kein vergleichbares Rollenverständnis<sup>19</sup>. Dem entsprach, dass die überwiegende Mehrheit gerade auch der Physiker auf eine Trennung zwischen Politik und Wissenschaft bedacht war, so dass fachintern politische Konflikte nicht ausgetragen, sondern nach Möglichkeit eingeebnet wurden<sup>20</sup>.

Ob sich die Mehrheit der Physiker, Chemiker und Mathematiker jedoch im Gegensatz zum Selbstverständnis als Wertelite und Kulturträger mit der bescheideneren Rolle als Experten zufrieden gab, ist zu bezweifeln<sup>21</sup>. Immerhin wurden die Generationen bis 1890 ganz überwiegend auf einem humanistischen Gymnasium erzogen, das die Verinnerlichung humanistischer Bildungsideale betrieb. Auch aus der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geführten Debatte um den „Bildungswert“ der Naturwissenschaften lässt sich schließen, dass sich die meisten Naturwissenschaftler durchaus dem dominierenden neuhumanistischen Wissenschaftsbegriff verpflichtet fühlten<sup>22</sup>. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die Hochschullehrer in den Naturwissenschaften zwar noch als Kulturträger verstanden, die Rolle als – wissenschaftlich autorisierte – Deuter des politischen und sozialen Geschehens aber den Geisteswissenschaftlern überließen<sup>23</sup>.

Welches Rollenverständnis Einsteins politischem Engagement zugrunde lag, wird im Vergleich mit anderen politisch engagierten Naturwissenschaftlern der Generation bis 1890 besonders deutlich: Der Mathematiker Carl Runge steht für

<sup>18</sup> Vgl. Ringer, *Die Gelehrten*, S. 399, und Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral*, S. 186 f.

<sup>19</sup> Siehe Jansen, *Professoren und Politik*, S. 102 f., und zur besonderen Rolle der Mathematik Lewis Pyenson, *Neohumanism and the persistence of pure mathematics in Wilhelminian Germany*, Philadelphia 1983. Im Gegensatz zu Jansen vgl. Rudolf Sühweg, *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890*, Frankfurt a. M. 1984, S. 455 f.

<sup>20</sup> Vgl. Paul Forman, *The environment and practice of atomic physics in Weimar Germany: A study in the history of science*, Berkeley 1967, S. 161–201, und Steffen Richter, *Die Kämpfe innerhalb der Physik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Sudhoffs Archiv* 57/2 (1973), S. 195–207.

<sup>21</sup> Siehe dagegen Burchardt, *Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich*, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 213. Jonathan Harwood fasst bezeichnenderweise die Hochschullehrer mit dem Selbstverständnis als Experten zur Kategorie der „Außenseiter“ zusammen, denen im Unterschied zu den Mandarinen „aufgrund ihrer sozialen Herkunft [...] ein akademisches Selbstverständnis als ‚Kulturträger‘ fern (lag)“. Jonathan Harwood, „Mandarine“ oder „Aussenseiter“? Selbstverständnis Deutscher Naturwissenschaftler (1900–1933), in: *Sozialer Raum und akademische Kulturen*, hrsg. v. Jürgen Schriewer, Edwin Keiner und Christophe Charle, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 183–212, hier S. 210.

<sup>22</sup> Vgl. Otto Brüggemann, *Naturwissenschaft und Bildung. Die Anerkennung des Bildungswertes der Naturwissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart*, Heidelberg 1967, S. 51–55, und Heinrich Schipperges, *Weltbild und Wissenschaft. Eröffnungsreden zu den Naturforscherversammlungen 1822 bis 1972*, Hildesheim 1976, S. 50–57.

<sup>23</sup> Vgl. Russel McCormmach, *On Academic Scientists in Wilhelminian Germany*, in: *Science and its public: The changing relationship*, hrsg. v. Gerald Holton und William A. Blanpied, Boston 1976, S. 157–171.

das Rollenverständnis von Wissenschaftlern als Staatsbürger, aus dem parteipolitisches Engagement folgte. Vor dem Krieg hatte sich „auch Runge [...] im allgemeinen wenig um Politik gekümmert“<sup>24</sup>. Erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung fühlte er sich verpflichtet, durch seinen Beitritt zur Deutschen Demokratischen Partei „an seinem Teil mehr als früher seinen staatsbürgerlichen Willen zur Geltung zu bringen, und die Kräfte, die für Gesetz und Ordnung wirkten, zu stützen“<sup>25</sup>. Einsteins Engagement für die Demokratie wurde nicht durch ein vergleichbares Staatsbürgerideal motiviert. Zum einen ging sein Selbstverständnis als Orientierungsinstanz, wie noch zu zeigen sein wird, weit über eine staatsbürgerliche Partizipation hinaus. Und zum anderen betrachtete er auch noch nach 1915 „die Zugehörigkeit zu einem Staate als eine geschäftliche Angelegenheit, wie etwa die Beziehung zu einer Lebensversicherung“<sup>26</sup>.

Mit dem Begriff „politisches Rollenverständnis als Professor“ lässt sich das Selbstverständnis der Hochschullehrer bezeichnen, die aufgrund ihres akademischen Amtes und ihres dadurch beglaubigten Bildungswissens eine politische Führungsrolle beanspruchten. Dieses Rollenverständnis als Meinungsführer war unter Naturwissenschaftlern infolge ihres anderen Wissenschaftsbegriffs vermutlich seltener anzutreffen. Ein Beispiel hierfür ist der Berliner Privatdozent für Physik, Leo Arons. 1900 hatte ihm die preußische Regierung die Lehrbefugnis entzogen, weil er als aktiver Sozialdemokrat aufgetreten war, worin Arons eine Bevormundung und „Herabwürdigung des Standes der Universitätslehrer“ sah<sup>27</sup>. Nach der Revolution 1918 forderte er die Universitäten in einem offenen Brief auf, an der Spitze einer geistigen Bewegung eine Leitfunktion im neuen Staat zu übernehmen<sup>28</sup>. Dass Einstein dieses Rollenverständnis nicht teilte, wird in seiner Absage an den Aufruf von Arons mehr als deutlich: „Die Professoren haben in diesem Kriege zur Evidenz gezeigt, dass man von ihnen in politischen Dingen nichts lernen kann, dass es dagegen dringend notwendig ist, dass sie eines lernen, nämlich: Maul halten!“<sup>29</sup>

Ein ähnlicher Befund ergibt sich, wenn man Einstein mit drei Nobelpreisträgern vergleicht, die ihr politisches Rollenverständnis als Naturwissenschaftler von der vermeintlich exakteren Methodik bzw. vom Wissensvorsprung ihrer Disziplin ableiteten. Der Chemiker Wilhelm Ostwald glaubte, mit der „Energetik“ das naturgesetzliche Leitprinzip für Gesellschaft und Politik gefunden zu haben und propagierte diese „wissenschaftliche Weltanschauung“ in Zeitungsartikeln zu

<sup>24</sup> Iris Runge, Carl Runge und sein wissenschaftliches Werk, Göttingen 1949, S. 157.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 171.

<sup>26</sup> Albert Einstein, Meine Meinung über den Krieg (1916), wiederabgedruckt in: Anne Kox/Martin J. Klein/Robert Schulmann (Hrsg.), The Collected Papers of Albert Einstein, Bd. 6: The Berlin Years: Writings 1914–1917, Princeton 1996, S. 211–213, hier S. 212.

<sup>27</sup> Rechtfertigungsschrift von Arons, zit. nach Walther Koch, Geistige Bewegung, in: Sozialistische Monatshefte 25 (1919), S. 1099–1100, hier S. 1100.

<sup>28</sup> Siehe Offener Brief an Rektor und Senat der Universität Berlin vom 11. 11. 1918, abgedruckt in: Vossische Zeitung, Abendblatt vom 12. 11. 1918, wiederabgedruckt in: Leo Arons, Universitäten heraus! Berlin 1918, S. 5 f. Siehe zu Arons Überzeugung, dass „die Universitäten [...] die Führung übernehmen [müssen]“, auch S. 10 u. S. 14.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 3. Zur Autorschaft Einsteins vgl. Bruno Borchardt, Hochschullehrer und Staat, in: Der Abend 26 (16. 1. 1930), Beilage.

sozialen und politischen Fragen<sup>30</sup>. Unter Berufung auf ihr vermeintlich exakteres Denken nahmen die Physiker Philipp Lenard und Johannes Stark eine politische Sprecherrolle an, denn „niemand kann Wahrheit ernsthafter und wirkungsvoller suchen [...] als der Naturforscher, und nur auf Grund von Wahrheit wird es Gedeihen unter den Menschen geben“<sup>31</sup>. „Als Naturforscher“, die nur in der „widerspruchsfreien Aufklärung“ des „Zusammenhang[s] von Ursache und Wirkung [...] einen Erfolg sehen konnte[n]“<sup>32</sup>, fanden Lenard und Johannes Stark die gesuchte monokausale Erklärung für den Ausbruch und Verlust des Ersten Weltkriegs schließlich in den Rassetheorien Houston St. Chamberlains und Hitlers. Dementsprechend priesen sie 1924 in einer öffentlichen Kundgebung für Hitler dessen „einfaches und naturgemäßes Denken, gleich dem der hervorragenden Naturforscher“<sup>33</sup>.

Im Gegensatz dazu waren für Einstein aus dem Wissen oder der Methodik der Naturwissenschaften keine Grundsätze für den sozialen Bereich abzuleiten. Einem solchen Vorgehen widersprach nicht nur seine Auffassung von der „konstruktiven und spekulativen Natur [...] des wissenschaftlichen Denkens“<sup>34</sup>, sondern auch seine Definition der Wissenschaft. In einem Brief an Maurice Solovine brachte er 1951 seine früher nur weniger explizit geäußerte Auffassung auf den Punkt: „Was wir Wissenschaft nennen, hat ausschließlich das Ziel, festzustellen, was ist. Die Bestimmung darüber was sein soll ist etwas davon Unabhängiges, nicht auf methodischem Wege Erreichbares.“<sup>35</sup> Die Gesetze der Naturwissenschaft hatten für Einstein daher nur insofern Geltung für die Gesetze der Ethik, als aus vorhandenen ethischen Prämissen weitere Sätze logisch gefolgert werden könnten<sup>36</sup>.

<sup>30</sup> Wilhelm Ostwald, *Lebenslinien. Eine Selbstbiographie*, Bd. 3: Groß-Bothen und die Welt 1905–1927, Berlin 1927, S. 3 u. S. 226. Siehe zu Ostwalds Publizistik u. a. Vossische Zeitung, Nr. 517, 5. Beilage, 1914.

<sup>31</sup> Philipp Lenard, *Erinnerungen eines Naturforschers, der Kaiserreich, Judenherrschaft und Hitler erlebt hat, unveröffentlichtes Manuskript von 1943*, in: *Archiv for the History of Quantum Physics*, S. 79.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 6. Siehe auch Johannes Stark, *Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit*, München 1930, S. 8.

<sup>33</sup> Sie erschien in der Großdeutschen Zeitung; vgl. Lenard, *Erinnerungen eines Naturforschers*, S. 93.

<sup>34</sup> Paul Arthur Schilpp (Hrsg.), *Albert Einstein. Autobiographical Notes. A Centennial Edition*, La Salle/Ill. 1992, S. 21. Siehe auch Einstein, Ernst Mach (1916), wiederabgedruckt in: Kox/Klein/Schulmann (Hrsg.), *The Collected Papers*, Bd. 6, S. 278–282, hier S. 279.

<sup>35</sup> Albert Einstein, *Lettres à Maurice Solovine*, Paris 1956, S. 104. Siehe auch Einstein, *Mein Weltbild*, S. 14 u. S. 17, sowie seine Stellungnahme von 1941: „Wissenschaft kann nur feststellen, was ist, nicht aber, was sein soll; Werturteile jeder Art bleiben notwendig außerhalb ihres Bereiches“, in: Albert Einstein, *Aus meinen späten Jahren*, Stuttgart 1984, S. 42.

<sup>36</sup> Vgl. Albert Einstein, *Die Gesetze der Naturwissenschaft und die Gesetze der Ethik* (1950), in: Einstein, *Aus meinen späten Jahren*, S. 53–55. Siehe im Gegensatz dazu Gerald Holton, *The advancement of science, and its burdens*, Cambridge u. a. 1986, S. 78. Holton stützt sich auf Einsteins Ausführungen zum 60. Geburtstag von Planck 1918, dass „sich auf dem Wege reiner gedanklicher Deduktion“ auch die allgemeinen Gesetze der Lebensvorgänge finden lassen würden, allerdings nur „wenn jener Prozess der Deduktion nicht weit über die Leistungsfähigkeit menschlichen Denkens hinausginge“ (Einstein, *Mein Weltbild*, S. 109).

Gleichwohl hing Einsteins politisches Rollenverständnis eng mit seinem Selbstverständnis als Naturwissenschaftler zusammen. Dies zeigt sein Brief vom Mai 1933 an den Physiker Hans Thirring: „Unsere Vertreter der Wissenschaft versagen in ihrer Pflicht, für das Geistige einzustehen, weil ihnen die leidenschaftliche Liebe für geistige Werte völlig abhanden gekommen ist – die Mentalität Giordano Brunos. Deshalb nur können minderwertige und gemeine Naturen zur Herrschaft gelangen und ihren niedrigen Sinn dem Volke aufprägen.“<sup>37</sup>

Damit sprach Einstein auch den Naturwissenschaftlern einen entscheidenden Einfluss auf die politische Entwicklung zu, wobei er diesen Einfluss aber nicht von ihrer Methodik, ihrer Bildung oder ihrem Wissen ableitete, sondern von einer spezifischen Mentalität. Dass den Wissenschaftler nach Meinung Einsteins eine besondere Mentalität kennzeichnet, wird augenfällig an seinem Begriff des „wissenschaftlichen Menschen“<sup>38</sup>.

### **Wissenschaft und Gesellschaft: Einsteins „wissenschaftlicher Mensch“ als universelles Leitbild**

In seiner Rede zum 60. Geburtstag von Max Planck 1918 zeichnete Einstein das Bild „des Tempels der Wissenschaft“<sup>39</sup>. Dieser werde durch die Wissenschaftler, die es nur aus „Ehrgeiz“ oder praktischen Zwecken geworden seien, gleichsam entweiht. Damit definierte er die Wissenschaft als ein autonomes, von gesellschaftlichen und politischen Zielen, Motiven und Anforderungen unabhängiges Feld. Zwei Motive ließ er für die Beschäftigung mit der Wissenschaft gelten, die den „wissenschaftlichen Menschen“ definieren und beide eine Abkehr von der Gesellschaft beinhalten. Das erste Motiv sah Einstein mit Schopenhauer in der „Flucht [...] aus dem Alltagsleben mit seiner [...] trostlosen Öde, fort aus den Fesseln der ewig wechselnden eigenen Wünsche“<sup>40</sup>. Das zweite bestehe in der Gestaltung eines vereinfachten und übersichtlichen Bildes der Welt, um so „die Welt des Erlebens zu überwinden“<sup>41</sup>.

Auch die weiteren Ausführungen Einsteins sind den Philosophien Schopenhauers und Spinozas entlehnt, die früh zur Lieblingslektüre des Physikers gehörten<sup>42</sup>. Nach Schopenhauer ist die Befreiung vom Willen als dumpfen animalischen Lebensdrang durch die nicht zweckgebundene wissenschaftliche Betrachtung und Kunst möglich<sup>43</sup>. Erst diese Erlösung von egoistischen Trieben und

<sup>37</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 235.

<sup>38</sup> Einstein an Max von Laue, 26. 5. 1933, in: Ebenda, S. 234, und Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 56–59.

<sup>39</sup> Einstein, Mein Weltbild, S. 107–110, hier S. 107.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 108.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Vgl. Jürgen Renn/Robert Schulmann (Hrsg.), Albert Einstein/Mileva Maric: Am Sonntag küsst ich Dich mündlich. Die Liebesbriefe 1897–1903, München/Zürich 1994, S. 38.

<sup>43</sup> Vgl. Arthur Schopenhauer, Zürcher Ausgabe, 10 Bde., Zürich 1977, hier Bd. IX, Parerga und Paralipomena, Bd. 2, 1. Teilband, S. 79; siehe auch ebenda, Bd. I: Die Welt als Wille und Vorstellung, 1. Teilband, S. 251.

Leidenschaften ermöglicht die wahre Entfaltung der Persönlichkeit und die Erkenntnis der Ideenwelt. In Übereinstimmung damit betonte auch Einstein, dass der künstlerischen wie der wissenschaftlichen Betätigung „die liebende Hingabe an das Überpersönliche, Willensferne [gemeinsam ist]“. Durch die Betrachtung und Erkenntnis der objektiven Welt und der sich in ihr manifestierenden Harmonie überwinde der wissenschaftliche Mensch seine egoistischen Leidenschaften und Triebe und könne sich zu einem selbstbestimmten autonomen Individuum verwirklichen. Im Streben nach der Wahrheit erhebe er sich über die „Knechtschaft selbstischen Wünschens“<sup>44</sup> und erlebe ein pantheistisches religiöses Gefühl. Dieses Erlebnis bezeichnet Einstein an anderer Stelle als „kosmische Religiosität“, zu der „nur besonders reiche Individuen und besonders edle Gemeinschaften“<sup>45</sup> finden. Einsteins Idee einer internationalen Gelehrtenrepublik ist als eine solche Gemeinschaft zu verstehen<sup>46</sup>, die von der intellektuellen und emotionalen Bindung durch die gemeinsame (Er-)Kenntnissuche und kosmische Religiosität zusammengehalten wird.

Obwohl die Freiheit vom Ich an die Erkenntnis des Überpersönlichen in der autonomen Wissenschaft und Kunst gebunden ist, macht Einstein den wissenschaftlichen Menschen zum universellen Leitbild: „Der wahre Wert eines Menschen ist in erster Linie dadurch bestimmt, in welchem Grad [...] er zur Befreiung vom Ich gelangt ist.“<sup>47</sup> Dieses Ideal liegt auch seinem Gesellschaftsbild zugrunde.

### **Einsteins Gesellschaftsbild**

Obwohl oder vielleicht gerade weil Einstein selbst kaum über seine gesellschaftspolitischen Ansichten und ihre innere Konsistenz reflektiert hat, lassen sich doch grundsätzlich konstante Wert- und Denkmuster feststellen.

Die Vorbildfunktion des wissenschaftlichen Menschen erklärt sich aus Einsteins späidealisiertem Persönlichkeitsideal, das von „Güte, Schönheit und Wahrheit“<sup>48</sup> bestimmt ist. Es setzt die Überwindung von Egoismen und Trieben voraus. Erst diese Freiheit ermöglicht die Entfaltung der Individuen zu moralisch handelnden und „selbständig denkende[n] [...] Persönlichkeiten“<sup>49</sup>, aus denen sich Einsteins Modell der Gesellschaft zusammensetzt:

„Es lässt sich leicht erkennen, dass alle [...] materiellen, geistigen und moralischen Güter, die wir von der Gesellschaft empfangen, im Lauf der unzähligen Generationen von schöpferischen Einzelpersönlichkeiten herkommen. [...] Eine gesunde Gesellschaft ist also ebenso an Selbständigkeit der Individuen geknüpft wie an deren innige soziale Verbundenheit.“<sup>50</sup>

<sup>44</sup> Einstein, *Mein Weltbild*, S. 18.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>46</sup> Vgl. Albert Einstein, *Verlorenes Paradies* (1919), in: Ebenda, S. 19.

<sup>47</sup> Albert Einstein, *Wie ich die Welt sehe* (1930), in: Ebenda, S. 10.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 11 f.

Da Einsteins Persönlichkeitsideal, die „selbstlose, verantwortungsvolle Hingabe [...] im Dienste der Gemeinschaft“<sup>51</sup> und des Allgemeinwohls einschließt, kann der Zusammenschluss solcher Individuen nur zu einer homogenen, harmonischen Gesellschaft führen. Interessenkonflikte entfallen damit ebenso wie die Notwendigkeit eines politisch institutionalisierten Interessenausgleichs. Für Einsteins Verständnis von Demokratie und Politik und für sein eigenes Engagement hatte die fehlende Anerkennung konkurrierender sozialer Gruppen und die Fixierung auf das moralische Individuum weitreichende Konsequenzen.

Aus der Fixierung Einsteins auf das selbstlose Individuum folgte seine Auffassung, dass „das Schicksal einer Gemeinschaft in erster Linie durch das moralische Niveau bestimmt“ wird<sup>52</sup>. Dabei ging er allerdings davon aus, dass nicht alle Menschen das notwendige moralische Niveau erreichen können. Denn während der wissenschaftliche Mensch ebenso wie der wahre Künstler durch das Schauen der objektiven Welt die Freiheit vom egoistischen Willen erreichen, kann der Mensch an sich, wie Einstein sinngemäß Schopenhauer zitiert, „zwar tun, was er will, aber nicht wollen, was er will“<sup>53</sup>. Dementsprechend musste einer selbstbestimmten, moralisch handelnden Minderheit der „feiner Besaiteten“ eine Mehrheit von Menschen gegenüberstehen, die ihrem Willen, Trieben und Leidenschaften unterworfen sind. Diese Dichothomie kommt in Einsteins Beitrag von 1926 für das „Buch der Freunde“ des Schriftstellers Romain Rolland zum Ausdruck:

„Die rohen Massen tun ihr Werk aus dumpfen Leidenschaften heraus, denen sie und die sie verkörpernden Staaten völlig untertan sind. [...] Die Wenigen jedoch, die an dem rohen Fühlen der Massen nicht teilnehmen, sondern unbeeinflusst von Leidenschaften am Ideal der Menschenliebe hängen“, bilden „die Gemeinschaft der einsamen Menschen, [...] die in der Abschaffung des Krieges ein erstes Ziel der moralischen Gesundung der Menschheit erstreben.“<sup>54</sup>

### Einstein als universeller Intellektueller

Aus dieser Dichothomie zwischen den triebbestimmten Massen und einer selbstbestimmten Minderheit ergab sich für Einstein ein moralischer Führungsauftrag der wahren Wissenschaftler und Künstler. Wie seine zahlreichen Appelle für Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit oder Menschenwürde zeigen, übernahm er selbst eine

<sup>51</sup> Rede Albert Einsteins am 25. 1. 1932 bei einem Dinner des California Institute of Technology, abgedruckt in: Einstein, Über den Frieden, S. 178.

<sup>52</sup> Einstein an Thomas Mann, 29. 4. 1933, in: Ebenda, S. 237.

<sup>53</sup> Einstein, Wie ich die Welt sehe, in: Einstein, Mein Weltbild, S. 7.

<sup>54</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 97 f. Einsteins Überzeugung, dass es bedeutende Qualitätsunterschiede zwischen den Menschen gebe, wird an seinen Ausführungen zur Todesstrafe von 1931 deutlich: „Im Prinzip wäre ich nicht dagegen, in diesem Sinne [zum Schutz der Gesellschaft] wertlose oder gar schädliche Individuen zu töten [...]. Ich schätze nämlich am Leben mehr die Qualität als die Quantität, so wie sich in der Natur die Gesetzmäßigkeit als höhere Realität gegenüber dem Einzelding darstellt.“ Einstein am 4. 11. 1931 an einen jungen Mann aus Prag, in: Albert Einstein, Briefe, hrsg. v. Helen Dukas und Banesh Hoffmann, Zürich 1981, S. 81.

öffentliche Sprecherrolle, um sein Ideal der moralischen selbstbestimmten Persönlichkeit gesellschaftlich umzusetzen. Mit dieser Universalisierung von Idealen und Werten, die im autonomen Bereich der Wissenschaft gelten oder von dort abgeleitet sind, wird Einstein den Bestimmungskriterien gerecht, die der Soziologe Pierre Bourdieu für den universellen Intellektuellen aufgestellt hat. „Als Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler“, so Bourdieu, verfügen diese Intellektuellen über „eine spezifische Autorität, die gegründet ist auf ihre Zugehörigkeit zu einem relativ autonomen, d.h. von politischen, ökonomischen Mächten unabhängigen, Feld der Kunst, der Wissenschaft und Literatur“. Sie definieren sich weiterhin dadurch, dass sie unter Berufung auf die mit der Autonomie ihres Feldes „verknüpften Werte wie moralische Kraft, [...] Uneigennützigkeit, Vernunft, Wahrheit [...] in das politische Geschehen eingreifen“ und „eine Art moralisches Lehramt ausüben“<sup>55</sup>.

Indem Einstein vom wissenschaftlichen Menschen ein allgemeingültiges Persönlichkeitsideal ableitete, war seine Rolle als Intellektueller eng mit seinem Selbstverständnis als Naturwissenschaftler verknüpft. Im Unterschied zu Ostwald, Lenard und Stark, deren politischer Führungsanspruch auf dem Wissen oder der Methodik der Naturwissenschaft beruhte, trat Einstein aber nicht mehr als Naturwissenschaftler auf, sondern als Vertreter und Vorkämpfer von Werten, die unabhängig von der Naturwissenschaft Geltung beanspruchten. Zugleich trug diese Intellektuellenrolle wertelitäre Züge, da er als Wissenschaftler dem Ideal des moralischen Individuums bereits entsprach und deshalb als gesellschaftliche Orientierungsinstanz fungieren konnte. Was unterschied Einstein dann aber noch von den Mandarinen<sup>56</sup>, wie Fritz Ringer die geistes- und sozialwissenschaftlichen Professoren bezeichnet, die aus ihrem Bildungswissen besondere moralische Kompetenzen und eine Sprecherrolle ableiteten? Und was unterschied Einstein von der Mehrzahl der humanistisch Gebildeten, die sein späidealisiertes Persönlichkeitsideal und seine Verehrung für Goethe und Kant als geistige Führer teilte<sup>57</sup>, zumal Einstein auch mit der elitären Gegenüberstellung von „rohen Massen“ und „geistig und moralisch Hochstehenden“<sup>58</sup> nicht von typischen Einstellungen des Bildungsbürgertums abwich? Von ihnen unterschied sich Einstein dadurch, dass er sein Ideal der selbstbestimmten moralischen Persönlichkeit durch sein Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Demokratie und gegen Militarismus und autoritäre Staatsgläubigkeit gesamtgesellschaftlich gegen bestehende Wertmuster durchsetzen wollte, während die Mehrheit des akademischen Establishments die dominierenden sozialen und politischen Wertmuster nicht in Frage stellte, solange sie den sozialen Status des Mandarinen- bzw. Bildungsbürgertums garantierten. So unterstützte die Mehrheit der Gebildeten im Kaiserreich den kulturellen Idealen wesensfremden Macht- und Obrigkeitsstaat, und diese

<sup>55</sup> Pierre Bourdieu, *Die Intellektuellen und die Macht*, Hamburg 1991, S. 46 u. S. 42–51.

<sup>56</sup> Vgl. dazu Ringer, *Die Gelehrten*, S. 18 ff.

<sup>57</sup> Vgl. Einstein, *Über den Frieden*, S. 203. Zu Einsteins Verbundenheit mit der deutschen Kultur vgl. Gerald Holton, *Einstein and the cultural roots of modern science*, in: *Daedalus* 127 (1998), H.1, S. 1–44, hier S. 18–23.

<sup>58</sup> Presseerklärung am 23. 5. 1932 in Genf, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 185.

antidemokratischen Tendenzen bestimmten auch ihr Verhältnis zur Weimarer Republik<sup>59</sup>. Genau hierauf gründete sich Einsteins äußerst kritische Haltung gegenüber den Geistes- und Kulturwissenschaftlern. So warf er ihnen vor, die universalen Ideale der Goethe- und Schillerzeit zugunsten der Machtreligion des Bismarckreichs verraten zu haben<sup>60</sup> und nicht selbstlos zu agieren, sondern aus Eigeninteresse als Propagandisten der herrschenden Ideologie aufzutreten. Energisch wies er daher ihren Anspruch auf exklusive politische Meinungsführerschaft als staatlich anerkannte Kulturträger zurück, wie seine Aufforderung an die im Weltkrieg diskreditierte Hochschullehrerschaft zeigt, in politischen Fragen endlich das „Maul [zu] halten“<sup>61</sup>.

Es liegt daher nahe, einen wesentlichen Grund für Einsteins Entwicklung zum kritischen Intellektuellen in seiner Biographie zu sehen. Sie entsprach nicht der des idealtypischen wilhelminischen Bildungsbürgers, sondern brachte ihn in kritische Distanz zur Gesellschaft des Kaiserreichs und ihren Wertvorstellungen. Als Sohn aus liberaler jüdischer Familie gehörte Einstein schon von Geburt aus einer diskriminierten Minderheit an. Deren Assimilationsversuche brachten mehr oder weniger massiv empfundene Wertkonflikte zwischen der jüdischen Religion, aufklärerischen, liberalen Traditionen und einem obrigkeitstaatlichen Konformitätsdruck mit sich. Der junge Einstein erlebte diesen Konflikt wohl ziemlich heftig, wie seine radikale Ablehnung jeglicher Autorität nach einer kurzen, aber intensiven religiösen Phase nahe legt. Darüber hinaus scheiterte eine gesellschaftliche Integration – soweit sie über wirtschaftlichen Erfolg möglich war – im Fall der Einsteins so umfassend, dass die Familie nach zahlreichen geschäftlichen Fehlschlägen ins Ausland auswanderte. Infolgedessen hatte der Physiker keine der Sozialisationsinstanzen vollständig durchlaufen, die im Kaiserreich die Verinnerlichung der geltenden Wertmuster betrieben: das Gymnasium, die Universität und das Militär. Bereits mit 16 Jahren war er in der liberalen Schweiz ansässig, wo seine Ablehnung von Autoritäten und sein Selbstbestimmungsdenken durch den Einfluss seines Lehrers Jost Winteler noch verstärkt wurden.

Nach seinem Studienabschluss fand Einstein in Schopenhauers Gegenüberstellung von Genie einerseits und dem „gemeinen Haufen“ und den Philistern andererseits Trost und Kompensation für seine leidvollen Erfahrungen bei der vergeblichen Suche nach einer angemessenen Stellung und akademischer Anerkennung<sup>62</sup>. Diese Schopenhauer-Rezeption stand nicht nur in scharfem Kontrast zu Einsteins Überzeugung von der Würde, dem Selbst- und Mitbestimmungsrecht

<sup>59</sup> Vgl. Ringer, *Die Gelehrten*, S. 186–207; Werner Conze/Jürgen Kocka, Einleitung, in: Dies., (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Teil I: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985, S. 9–26, sowie Kurt Sontheimer, *Die deutschen Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik*, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 215–224.

<sup>60</sup> Vgl. Einstein an Romain Rolland, 22. 8. 1917, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 40.

<sup>61</sup> Einsteins Antwort auf Arons öffentlichen Brief wurde in der *Vossischen Zeitung*, Abendblatt 12. 11. 1918 abgedruckt, zit. in: Arons, *Universitäten heraus!*, S. 3.

<sup>62</sup> Vgl. Renn/Schulmann (Hrsg.), *Albert Einstein/Mileva Maric*, S. 37 f.

jedes Individuums. Sie beinhaltete auch eine weitere Stoßrichtung gegen die bürgerliche „philiströse“ Gesellschaft und ihre Normen.

Einsteins Herkunft, Sozialisation und die darin angelegten Wertekonflikte und Vergleichsmöglichkeiten erleichterten es ihm, in Krisensituationen die traditionellen politischen und gesellschaftlichen Leitbilder zu kritisieren und sich aktiv für andere Ideale einzusetzen. Dies unterschied ihn auch von den meisten seiner naturwissenschaftlichen Kollegen, die im Bereich der Wissenschaft seine Ideale teilten, in der gesellschaftlichen und politischen Sphäre aber auf andere – zumeist konservativ-nationale – Wertvorstellungen zurückgreifen konnten<sup>63</sup>. Es ist anzunehmen, dass ihn seine Erfolge als „Rebell“ in der Physik in seiner Rolle als Außenseiter und Kritiker des Bestehenden noch bestärkt haben.

Einsteins kritische Distanz zu herrschenden Werten teilten dagegen die meisten Schriftsteller, Künstler und Publizisten, mit denen der Physiker während und nach dem Ersten Weltkrieg in Kontakt trat<sup>64</sup>. Nach Einsteins Weltruhm, der ihn zu einem begehrten Bundesgenossen und Gast auf Gesellschaftsabenden machte, intensivierten sich diese Beziehungen noch. Zu Rudolf Kayser, dem Lektor des Fischer-Verlags und Mitbegründer der bekanntesten deutschen Intellektuellenbewegung, des „Aktivismus“, ergaben sich 1926 sogar enge familiäre Bindungen durch dessen Heirat mit Einsteins Adoptivtochter Ilse. Der im Herbst 1914 von Kayser, Kurt Hiller und Alfred Wolfenstein organisierte „Aktivismus“ entwickelte sich im Verlauf des Krieges zum zentralen Sammelbecken der bürgerlichen oppositionellen Vorkriegsströmungen und des literarischen Antikriegsengagements<sup>65</sup>. Diese Schriftsteller, Künstler und Publizisten galten bereits in den zwanziger Jahren als prototypische linke Intellektuelle<sup>66</sup> und Heinrich Mann, der die Intellektuellenbewegung 1910 durch seinen Aufsatz „Geist und Tat“ angestoßen hatte, geradezu als eine moralische Institution. An ihm sollen deshalb beispielhaft die Übereinstimmungen aufgezeigt werden, die abgesehen von der pazifistischen Grundhaltung zwischen Einstein und diesen Intellektuellen bestanden.

1910 hatte Heinrich Mann „de[n] Mensch[en] des Geistes“ zum Handeln aufgerufen, da ihm „vom Geist [...] die Würde des Menschen auferlegt“<sup>67</sup> sei. Dieser Geistbegriff bezog sich also nicht nur auf intellektuelle Fähigkeiten, sondern auch auf eine besondere moralische Potenz zur Vertretung universeller Werte.

<sup>63</sup> Siehe zu Max Planck als Beispiel hierfür John L. Heilbron, *The dilemmas of an upright man. Max Planck as spokesman for German science*, Berkeley/Los Angeles/London 1986.

<sup>64</sup> Vgl. Michael Grüning (Hrsg.), *Ein Haus für Albert Einstein. Erinnerungen, Briefe, Dokumente*, Berlin 1990, S. 147 f., S. 198, S. 210 u. S. 246. Siehe zur Beziehung zwischen Einstein und Heinrich Mann ebenda, S. 202 f.

<sup>65</sup> Vgl. Kurt Hiller, *Leben gegen die Zeit*, Bd. 1: Logos, Reinbek 1969, S. 98; Eckart Koester, *Literatur und Weltkriegsideologie*, Kronberg/Ts. 1977, S. 345.

<sup>66</sup> Sie orientierten sich am Vorbild der französischen Intellektuellen, die 1898 mit ihrem Protest in der Dreyfuss-Affäre erstmals ein Gruppenbewusstsein der Intellektuellen als Verteidiger der Wahrheit und Gerechtigkeit geschaffen hatten; vgl. Dietz Bering, *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1982, S. 98 u. S. 323.

<sup>67</sup> Heinrich Mann, *Geist und Tat* (1910), in: Ders., *Essays*, Hamburg 1960, S. 7–14, hier S. 13.

Auch in Romain Rollands Manifest, „Geistige Arbeiter, Kameraden!“ von 1919 riefen Albert Einstein, Heinrich Mann und andere Unterzeichner die „Diener des Geistes“ auf, „nur die Wahrheit an[zu]erkennen [...], die [...] kein Rassen- oder Klassenvorurteil duldet“<sup>68</sup>; „Uns obliegt es, alle verirrtten Schafe der Menschheit um die Flamme [des Geistes] herum zu sammeln. [...] Für sie wie für uns wollen wir eine Welt der Brüderlichkeit bauen.“<sup>69</sup>

Daher definieren sich die Intellektuellen nach Mann durch ihre Bemühungen um die moralische Erziehung des Volkes zu „selbstbestimmten“ Individuen als Wegbereiter einer „demokratischen“ Gesellschaft<sup>70</sup>. Die Verwirklichung der genuin politischen Zielsetzung einer Demokratie wurde somit nicht von einer Veränderung der politischen oder sozialen Verhältnisse, sondern primär von der Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins durch die Intellektuellen abhängig gemacht. Dieser Fixierung auf das Individuum und dessen moralische Vervollkommnung blieb Heinrich Mann auch in der Weimarer Republik treu. In seiner Utopie der Republik als harmonischer Gemeinschaft sollte die Förderung des Individuums, sollte „Humanität im Sinne Weimars [...] der Kern der Politik sein“<sup>71</sup>. Unentbehrlich erschien ihm dafür der Einfluss des Intellektuellen als „Führer jeder Demokratie“<sup>72</sup>, da er dem Staat und seinen Bürgern „vorhält, was wahr, gerecht, [...] was der immer gültige Mensch ist“<sup>73</sup>. Die Übereinstimmungen zwischen Heinrich Mann und Einstein in zentralen Denkmustern und Leitbildern betrafen somit das Persönlichkeitsideal, das Ziel einer harmonischen Gesellschaft, die Fixierung auf das Individuum und dessen Bewusstseinsveränderung, die Vernachlässigung sozialer und politischer Strukturen und Interessengruppen und den gesellschaftlichen Führungsanspruch des Intellektuellen als moralische Orientierungsinstanz.

Die Rolle als engagierter Intellektueller, die Einstein übernahm, stand jedoch in offensichtlichem Gegensatz zu seinem Selbstverständnis als wissenschaftlicher Mensch, den die „Flucht [...] aus dem Alltagsleben“<sup>74</sup> in den autonomen Bereich der Wissenschaft treibt und dem es – wie Einstein 1930 über sich selbst bekannte – „nicht leicht fällt [...], den Hang zu einem Leben in stiller Betrachtung zu über-

<sup>68</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 49 f. Diese Gleichsetzung von Geist und Moral findet sich auch bei Einstein, wenn er 1932 beklagt, dass „die zur Hütung der geistigen Tradition Berufenen untätig der moralischen Verarmung zu[sehen]“ (Ebenda, S. 196). Siehe zur Gleichsetzung sowie zum Ersatz des Begriffs „Intellektueller“ durch „Geistiger“ Bering, Die Intellektuellen, S. 308 ff. Zu Einstein als Intellektuellem vgl. Britta Scheideler, Albert Einstein – ein politischer Intellektueller?, in: Sven Hanuschek/Therese Hörnigk/Christine Malende (Hrsg.), Schriftsteller als Intellektuelle: Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2000, S. 69–89.

<sup>69</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 48 f.

<sup>70</sup> Mann, Geist und Tat, in: Ders., Essays, S. 11 f.

<sup>71</sup> Heinrich Mann, Wir feiern die Verfassung (1923), in: Ebenda, S. 485–495, hier S. 494.

<sup>72</sup> Heinrich Mann, Schmutz und Schund (1926), in: Ebenda, S. 526–541, hier S. 540.

<sup>73</sup> Heinrich Mann, Dichtkunst und Politik (1928), wiederabgedruckt in: Beate und Dietrich Pinkerneil/Viktor Zmegac (Hrsg.), Literatur und Gesellschaft. Dokumentationen zur Sozialgeschichte der deutschen Literatur seit der Jahrhundertwende, Frankfurt a. M. 1973, S. 140–151, hier S. 144.

<sup>74</sup> Einstein, Mein Weltbild, S. 107–110.

winden<sup>75</sup>. An Beispielen seines politischen Denkens und Handelns zwischen 1914 und 1933 soll möglichen Rollenkonflikten ebenso nachgegangen werden wie der Frage, wie sich Einsteins Führungsanspruch als Intellektueller und seine Fixierung auf das moralische Individuum auf sein Demokratieverständnis auswirkten und wie er auf Erfahrungen reagierte, die seinen Leitbildern widersprachen.

### **Einsteins politisches Denken und Handeln zwischen 1914 und 1933**

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachte für Einstein, der kurz zuvor nach Berlin übersiedelt war, in zweifacher Hinsicht Erfahrungen, die mit seinen Leitbildern kollidierten. Zum einen widersprach der Krieg seinem Pazifismus und der Überzeugung vom Selbstbestimmungsrecht des Individuums. Und zum anderen war der „Krieg der Gelehrten“, der auf beiden Seiten mit Verleumdungen, nationalistischen Schriften und Aufrufen ausgefochten wurde, mit seinem Ideal des moralischen wissenschaftlichen Menschen und einer internationalen Gelehrtenrepublik unvereinbar. Diese massive Bedrohung seiner mit universellem Anspruch vertretenen Wertvorstellungen forcierte sein erstmaliges Auftreten als mahnender Intellektueller. Dabei waren seine Reaktionen sehr verschieden, je nachdem ob er im gesellschaftlichen oder im wissenschaftlichen Bereich agierte.

Ein Beispiel dafür, wie Einstein im gesellschaftlichen Bereich auf Erfahrungen reagierte, die seinen Leitbildern widersprachen, ist sein 1915 verfasster Artikel „Meine Meinung über den Krieg“. Fixiert auf das moralische Individuum machte er darin den Destruktionstrieb des Menschen und den durch die Schule anerzogenen Untertanengeist und Patriotismus für den Krieg verantwortlich. An bildungsbürgerlichen Vorstellungen einer Veredlung des Menschen durch Kultur war sein Appell orientiert, weitere Kriege dadurch zu verhindern, dass jeder einzelne in seinem Bereich die Habgier bekämpfen und den Patriotismus durch kulturelle Werte ersetzen sollte:

„Macht- und Habgier sollen wie in früheren Zeiten als verächtliche Laster behandelt werden, ebenso der Hass und die Streitsucht. [...] Jeder Wohlwollende sollte daran arbeiten, dass bei ihm selbst und in seiner persönlichen Umgebung in dieser Beziehung gebessert werde. Dann werden auch die schweren Plagen verschwinden, wie sie uns heute in so furchtbarer Weise heimsuchen.“<sup>76</sup>

1915 trat Einstein dem pazifistischen „Bund Neues Vaterland“ bei. In dessen Satzung von 1918 wurde die Entfaltung der Persönlichkeit „auf der Grundlage einer wahrhaft geistigen und moralischen Kultur“<sup>77</sup> als ein Hauptziel festgelegt, das durch eine sozialistische Republik und eine internationale Friedenspolitik erreicht werden sollte. Dabei lehnte der „Bund Neues Vaterland“ den Klassen-

<sup>75</sup> Albert Einstein, Jüdische Gemeinschaft (1930), in: Ebenda, S. 91.

<sup>76</sup> Einstein, Meine Meinung über den Krieg, in: Kox/Klein/Schulmann (Hrsg.), The Collected Papers, Bd. 6, S. 211–213, hier S. 213.

<sup>77</sup> Zit. nach Wolf Zuelzer, Der Fall Nicolai, Frankfurt a. M. 1981, S. 252.

kampf ab und betrachtete die politische und ökonomische Strukturveränderung nur als Mittel zum Zweck<sup>78</sup>. Von dieser Mischung aus vager sozialistischer Philosophie und ausgeprägtem Individualismus fühlten sich auch die Schriftsteller Alfred Döblin, Wilhelm Herzog, Heinrich Mann und René Schickele angesprochen, mit denen der Physiker hier bzw. in der Nachfolgeorganisation des Bundes, der „Liga für Menschenrechte“, in Kontakt trat. Auch wenn Einstein nur sporadisch an den Diskussionen und sonstigen Aktivitäten des Bundes teilnahm, bedeutete sein Beitritt zu der 1916 verbotenen Vereinigung doch einen mutigen Schritt, der ihn von der überwiegenden Mehrzahl der Professoren und insbesondere der Naturwissenschaftler trennte.

Während sich Einstein im gesellschaftlichen Bereich engagierte, anstatt sich wie andere Kriegsgegner in stillschweigender Ablehnung zurückzuziehen, zeigen seine Reaktionen auf den „Krieg der Gelehrten“ das Spannungsverhältnis zwischen Einsteins Rolle als engagierter Intellektueller und seinem Selbstverständnis als gesellschaftsferner wissenschaftlicher Mensch. Seinen berüchtigsten Ausdruck fand dieser „Krieg der Gelehrten“ in dem Aufruf „An die Kulturwelt“<sup>79</sup> vom 4. Oktober 1914, in dem 93 „Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst“ den Krieg und den deutschen Machtstaat mit dem Schutz deutscher Kultur legitimierten, die „ohne den deutschen Militarismus [...] längst vom Erdboden getilgt [wäre]“<sup>80</sup>. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten auch Einsteins Kollegen Fritz Haber, Max Planck, Walter Nernst, Emil Fischer und Conrad Röntgen. Als Gegenmanifest verfasste der Mediziner Georg Friedrich Nicolai zusammen mit Einstein 1914 einen „Aufruf an die Europäer“<sup>81</sup>, der Wissenschaftler und Künstler auf die „gemeinsame Weltkultur“ verpflichtete, die nationale Leidenschaften verbiete. Für Einsteins Leitbild des „wissenschaftlichen Menschen“ bedeutete es einen schweren Rückschlag, dass nur zwei Wissenschaftler, nämlich der Astronom Wilhelm Förster und der Privatgelehrte Otto Buek, diesen Aufruf unterschrieben.

Die Enttäuschung darüber und die emotionale Bindung an die Gemeinschaft derjenigen, die seine kosmische Religiosität teilten, werden in einem Brief, den Einstein 1915 an den Physiker Paul Ehrenfest in Holland richtete, deutlich: „Ist nicht das Häuflein emsiger Denkmenschen unser einziges ‚Vaterland‘, für das unsereiner etwas Ernsthafte übrig hat? Sollen auch diese Menschen Gesinnungen haben, die alleinige Funktion des Wohnortes sind?“<sup>82</sup> Obwohl sich diese Befürchtung bewahrheitete, hielt Einstein an seinem Leitbild des gesellschaftsfernen und moralischen wissenschaftlichen Menschen fest. Wie Versuche, sein Leitbild zu retten, muten seine Erklärungen für das nationalistische Verhalten der Wissenschaftler an. Er führte es auf den Einfluss der Propaganda zurück und betonte, dass „die offiziellen Äusserungen schlimmer als die Gesinnung des ein-

<sup>78</sup> Vgl. ebenda.

<sup>79</sup> Wiederabgedruckt in: Hans Wehberg, Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, Charlottenburg 1920, S. 16 f.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>81</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 22 f.

<sup>82</sup> Einstein an Paul Ehrenfest, 23. 8. 1915, in: Ebenda, S. 30.

zelen [sind]<sup>83</sup>. Darüber hinaus unterschied er zwischen den international denkenden „wahren Gelehrten“ und ihren „weniger grossherzigen und selbständigen“<sup>84</sup> Kollegen. Gleichsam zum Schutz der Wissenschaftler vor gesellschaftlichen und politischen Einflüssen bemühte sich Einstein um die Wiederherstellung der internationalen Gelehrtenrepublik als autonomen, unpolitischen Bereich. Die Beziehungen zur Gesellschaft sollten sich darauf beschränken, dass die Wissenschaftler das geistige Klima für die Völkerversöhnung vorbereiten, indem sie durch ihre „Schöpfungen [...] den Menschengest über die persönlichen und national-egoistischen Ziele erheben“<sup>85</sup>. Ausdrücklich wurde jede Politik ausgeschlossen. Mit seiner „Überzeugung, dass man in die wissenschaftlichen Bestrebungen keine Politik hineinbringen [...] sollte“<sup>86</sup>, erwies sich Einstein als – in politischer Hinsicht – typischer Naturwissenschaftler. Anders als im gesellschaftlichen Bereich reagierte er hier also nicht als Intellektueller, der für universelle Werte eintritt, was eine deutliche Stellungnahme etwa gegen die Mitwirkung von Wissenschaftlern am Gaskrieg zur Konsequenz hätte haben müssen. Überdies bedeutete seine eigene Arbeit am Kreiselkompass und als Konstrukteur für Flugzeugtragflächen während des Ersten Weltkriegs Mitarbeit an kriegsrelevanter Technologie, was er selbst aber offensichtlich nicht reflektierte<sup>87</sup>. In der Ausklammerung gesellschaftlicher und politischer Fragen aus dem Bereich der Wissenschaft wird sein Selbstverständnis als gesellschaftsferner wissenschaftlicher Mensch, den die „Flucht [...] aus dem Alltagsleben“<sup>88</sup> in den autonomen Bereich der Wissenschaft trieb, deutlich, das im Widerspruch zu seiner Rolle als engagierter Intellektueller stand. Einsteins öffentliches Eintreten für die Demokratie nach 1918 fand daher keine Entsprechung in einer Agitation unter den Gelehrten für die Republik.

*Einstein in der Weimarer Republik:  
die Erfahrung einer pluralistischen Demokratie*

Wenige Tage nach Kriegsende und der Revolution im November 1918 hielt Einstein auf einer Veranstaltung des „Bundes Neues Vaterland“ eine Rede, die Rückschlüsse auf sein Demokratieverständnis erlaubt. Die beiden Grundvoraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie seien „de[r] Glaube an das gesunde Urteil und den gesunden Willen des Volkes und die willige Unterordnung unter“<sup>89</sup> diesen Willen, auch wenn er dem eigenen widerspricht. Hier stellt sich die Frage, warum dieser Glaube so wichtig war, den Einstein eigentlich kaum teilte? Bereits

<sup>83</sup> Ebenda, S. 78 f. Siehe auch Einstein an Hendrik A. Lorentz, 21. 9. 1919, in: Ebenda, S. 53.

<sup>84</sup> Einsteins Beitrag vom September 1920 für den Erinnerungsband des New Yorker Gesellig-Wissenschaftlichen Vereins, in: Ebenda, S. 59 f.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>86</sup> Einstein an Hendrik A. Lorentz, 16. 8. 1923, in: Ebenda, S. 82.

<sup>87</sup> Siehe Fölsing, Albert Einstein, S. 446–451.

<sup>88</sup> Einstein, Mein Weltbild, S. 108.

<sup>89</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 44. Sehr wahrscheinlich wurde diese Rede auf einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland am 13. 11. 1918 gehalten; vgl. Hubert Goenner/Giuseppe Castagnetti, Albert Einstein as Pacifist and Democrat during World War I, in: *Science in Context* 9 (1996), Nr. 4, S. 325–386, hier S. 363.

1915 hatte er seine Beobachtung über die Manipulierbarkeit des Volkes in dem Zitat zusammengefasst: „vox populi, vox Rindvieh“<sup>90</sup>. Die Vermutung liegt nahe, dass Einstein einen gesunden Volkswillen postulierte, weil für ihn eine Unterordnung unter einen Mehrheitsbeschluss, der seinen universellen Werten zuwiderlief, nicht akzeptabel war. In der Festlegung des Volkes auf einen gesunden Willen spiegelt sich Einsteins harmonische Gesellschaftskonzeption, in der sich die Individuen am Allgemeinwohl orientieren. Für soziale Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Werten, für Pluralismus<sup>91</sup> also, war darin kein Platz.

Einsteins nichtpluralistisches Demokratieverständnis wurde deutlich, als ab 1919 die ökonomische, soziale und politische Krise zu Verteilungskämpfen, Aufständen und einem erneuten Militarismus und Nationalismus führte und damit sein Ideal einer harmonischen Gesellschaft desavouierte. Anstatt vom „gesunden Willen des Volkes“ sprach er jetzt vom „gemeine[n] Pöbel“, der „durch Massensuggestion“<sup>92</sup> und „dumpfe Leidenschaften“<sup>93</sup> geleitet werde und durch Schule und Presse zum „willenslosen Werkzeug“<sup>94</sup> von Interessengruppen gemacht werden könne. Als Interessengruppen erscheinen in Einsteins Schriften – und das durchweg negativ – nur die „geschäftlichen und politischen Interessenten“, wozu er auch die Regierenden zählte, die in der Regel durch ihre politische Macht korumpiert seien<sup>95</sup> und die den „gesunde[n] Sinn der Völker [...] systematisch korumpier[en]“<sup>96</sup>. Ihnen stellt Einstein die „Wohlwollenden und Besonnenen“ und „geistig und moralisch Hochstehenden“ gegenüber, die zu allgemeinwohlorientiertem Handeln fähig seien<sup>97</sup>.

#### *Einstein zwischen Politik und Moral*

Interessenkonflikte wurden von Einstein somit nicht als legitim anerkannt und in geregelte politische Bahnen verwiesen, sondern moralisch verworfen<sup>98</sup>. Seine Abwertung interessegeleiteten politischen Handelns als moralische Verfehlung lief letztlich auf eine Entgegensetzung von Politik als Austrag von Interessenkonflikten einerseits und Moral andererseits hinaus. Besonders deutlich wird dies an seiner Reaktion auf die Herrenhauspläne Kurt Hillers. Bereits 1914 hatte Hiller als Mitorganisator der Intellektuellenbewegung des Aktivismus den moralischen

<sup>90</sup> Einstein an Hendrik A. Lorentz, 2. 8. 1915, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 30.

<sup>91</sup> Siehe Werner Fuchs, *Pluralismus*, in: *Lexikon zur Soziologie*, hrsg. v. Werner Fuchs u. a., Opladen 1988, S. 576. Siehe auch W. Steffani, *Pluralismus*, in: *Wörterbuch der Soziologie*, hrsg. v. Wilhelm Bernsdorf, Stuttgart 1969, S. 807–811.

<sup>92</sup> Einstein an Marie Curie, 25. 12. 1923, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 83.

<sup>93</sup> Einsteins Beitrag für das „*Liber Amicorum*“ zu Romain Rollands 60. Geburtstag am 29. 1. 1926, in: *Ebenda*, S. 97.

<sup>94</sup> Einstein an Sigmund Freud, 30. 7. 1932, in: *Ebenda*, S. 206.

<sup>95</sup> Einstein an Jacques Hadamard, 24. 9. 1929, in: *Ebenda*, S. 118, sowie Einstein, *Mein Weltbild*, S. 54 f.

<sup>96</sup> *Ebenda*, S. 9. Siehe auch Einstein, *Über den Frieden*, S. 129.

<sup>97</sup> Einstein an Paul Ehrenfest, Dezember 1914, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 20. Siehe auch Einsteins Presseerklärung vom 23. 5. 1932, in: *Ebenda*, S. 185.

<sup>98</sup> Vgl. Karl Rohe, *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, S. 131–135.

Führungsanspruch der Intellektuellen ins Politische übertragen. In Orientierung an Nietzsches Lehre vom Übermenschen postulierte er eine Geistesaristokratie, die sich durch schöpferische Kraft und ihr leidenschaftliches Engagement für „das Gute, [...] die Gerechtigkeit, die Vernunft“ auszeichnet<sup>99</sup>. Von hier aus war es nur ein kleiner Schritt zur Ablehnung der Demokratie als Kompromiss partikularer Interessen und als „Herrschaft der Mittelmäßigen“<sup>100</sup>. Zwar solle das Volk sich selbst regieren, aber nicht durch Interessendliquen und „Politikerkonzerne“, denn wirklich „repräsentiert“ werde es nur durch seine über den Einzelinteressen und Klassen stehenden „Besten“<sup>101</sup>.

Nach einer Unterredung Mitte 1918 schickte Hiller dem Physiker seine Broschüre „Ein Deutsches Herrenhaus“ zu, in der eine solche aristokratische Regierung der „geistigen Führer“<sup>102</sup> gefordert wurde. Mit Bezug auf Jean-Jacques Rousseau argumentierte Hiller, dass erst durch das „Machthabertum des Geistes“ bzw. „des geistigen Menschen“<sup>103</sup> die Vernunft politisch umgesetzt und ein Weltfriedensbund geschaffen werden könne. In seiner Antwort lehnte Einstein diesen Führungsanspruch und damit die „Diktatur der Tugendhaften“ ab, weil die Konzentration der Macht auf eine kleine Gruppe diese zwangsläufig zu „Macht- bzw. ‚Real‘-Politikern“ korrumpieren werde, „die sich [...] auf den Grundsatz einigen, dass die Privatmoral für die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern keine Bedeutung habe [...]“<sup>104</sup>. Es ist wahrscheinlich, dass er sich hierbei auf den Aufsatz von Ernst Troeltsch „Privatmoral und Staatsmoral“ von 1916 bezog, der einen Unterschied machte zwischen der humanitären Privatmoral des Individuums und der Staats- oder politischen Moral. Letztere orientiere sich an den „realistischen Interessen des Staates, der nun einmal Macht ist und Macht sein muss, um sich selbst zu erhalten und zu schützen [...]“<sup>105</sup>.

Einsteins Ablehnung einer politischen Handlungsträgerschaft der Intellektuellen mit der Begründung einer Korruption durch die Macht beleuchtet erstens sein Politikverständnis, das eng, wenn auch diffus, an die Begriffe „Staat“, „Regierung“, „Macht“, „Gewalt“ geknüpft ist<sup>106</sup>. Darin stimmt sein Politikverständnis mit der Definition Max Webers überein, die Politik als „Streben nach Machtanteil [...], sei

<sup>99</sup> Kurt Hiller, *Ein Deutsches Herrenhaus* (1918), in: Ders., *Verwirklichung des Geistes im Staat*, Leipzig 1925, S. 80–119, hier S. 117. Siehe auch Juliane Habereeder, *Kurt Hiller und der literarische Aktivismus*, Frankfurt a. M./Bern 1981, S. 67 f., S. 129 u. S. 172.

<sup>100</sup> Kurt Hiller, *Taugenichts/Tätiger Geist/Thomas Mann* (1916), in: Ders., *Verwirklichung des Geistes im Staat*, S. 52 ff., hier S. 60.

<sup>101</sup> Hiller, *Ein Deutsches Herrenhaus*, in: Ders., *Verwirklichung des Geistes im Staat*, S. 102 u. S. 106. Siehe auch ebenda, S. 86 f.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 107.

<sup>103</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>104</sup> Einstein an Kurt Hiller, 9. 9. 1918, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 42.

<sup>105</sup> Ernst Troeltsch, *Privatmoral und Staatsmoral*, in: *Die Neue Rundschau* 27 (1916), S. 145–169, hier S. 154. Siehe auch Goenner/Castagnetti, *Albert Einstein as Pacifist*, S. 325–386, hier S. 377.

<sup>106</sup> Zur semantischen „Verengung des Politikbegriffs zur Machtkunst“ vgl. Volker Sellin, *Politik*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 789–874, hier S. 831 ff. Zum deutschen Politikverständnis im 19. und

es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen<sup>107</sup> charakterisiert. Als solche lehnte Einstein Politik ab, ohne diesem Politikverständnis in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ein anderes, positives entgegensetzen zu können<sup>108</sup>. In seiner Antwort an Hiller sprach sich der Physiker für eine vollständige Demokratisierung Deutschlands aus, weil nur sie eine „weitgehende Dezentralisierung des Machtwillens“<sup>109</sup> garantiere. Damit erhob Einstein, so paradox es zunächst klingt, eine konkrete politische Forderung, um die Politik als Streben nach Macht im Staat weitgehend zu reduzieren.

Zweitens lässt Einsteins Antwort auf ein ambivalentes Verhältnis zu den politischen Institutionen in einer Demokratie schließen. Einerseits sprach er sich gegenüber Romain Rolland 1917 für ein starkes Parlament, von dessen Mehrheit die Regierung abhängig sein sollte, aus. Auch Einsteins Brief an Arnold Sommerfeld vom 14. Januar 1922 gibt Hinweise darauf, dass er die Notwendigkeit von Parteien als Organe der politischen Willensbildung in großen politischen Gemeinwesen durchaus sah<sup>110</sup>. Andererseits räumte er in seiner Antwort an Hiller ein, dass eine solche Verfassung nach westlichem Vorbild auch große Mängel habe, ohne diese allerdings konkret zu benennen. Einsteins Fixierung auf das allgemeinwohlorientierte Individuum und seine Ablehnung von Interessengruppen und Machtbestrebungen lassen jedoch vermuten, dass er Parteien als Vertretungen partikularer Interessen und ein Parlament als Austragungsort von Interessenkonflikten ablehnte. Diese Vermutung wird durch Einsteins Vorschläge in der Parlamentskrise von 1930, auf die später noch eingegangen wird, bestärkt.

Drittens erklären Einsteins Ausführungen zur Korruption durch Macht und sein Politikverständnis, warum er selbst keiner Partei beitrug<sup>111</sup> und keine direkte politische Verantwortung übernahm. In der Terminologie Webers könnte man ihn als „Gesinnungsethiker“ bezeichnen, der sich damit begnügt, „dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt. Sie stets neu anzufachen ist der

20. Jahrhundert vgl. Ernst Vollrath, Politik, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 7, Basel 1989, S. 1056–1072.

<sup>107</sup> Max Weber, *Politik als Beruf* (1919), in: Horst Baier u. a. (Hrsg.), *Max Weber Gesamtausgabe*, Bd. 17, Tübingen 1992, S. 157–252, hier S. 159.

<sup>108</sup> Nur 1921 wird einmal ein Verständnis von Politik als praktische Umsetzung ethischer Ziele deutlich, wenn er den tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk für den Friedensnobelpreis vorschlägt, weil dieser „niemals seine edlen Überzeugungen einer Erfolg verheißenden Realpolitik geopfert“ habe. Einstein an das Nobel-Komitee, 19. 1. 1921, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 60.

<sup>109</sup> Einstein an Kurt Hiller, 9. 9. 1918, in: Ebenda, S. 42.

<sup>110</sup> Vgl. Einstein an Romain Rolland, 22. 8. 1917, in: Ebenda, S. 39, und Albert Einstein und Arnold Sommerfeld, *Briefwechsel*, hrsg. v. Armin Hermann, Basel/Stuttgart 1968, S. 98.

<sup>111</sup> Vgl. Einsteins Richtigstellung, dass er weder ein Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei noch des Demokratischen Volksbunds sei. „Die neue Demokratische Partei“, in: *Berliner Tageblatt*, 19. 11. 1918, Nr. 592, S. 4, zit. nach Goenner/Castagnetti, *Albert Einstein as Pacifist*, S. 365.

Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen.“<sup>112</sup>

Geht es dem Gesinnungsethiker darum, seine Ideale kompromisslos zu propagieren, ohne die Voraussetzungen und Folgen ihrer Umsetzung berücksichtigen zu müssen, so stellt im Gegensatz dazu der „Verantwortungsethiker“ die Unvollkommenheit der Menschen und die Konsequenzen seines Handelns in Rechnung. Über diese Last der Verantwortung schrieb Einstein am 5. April 1933 an den Astronomen Willem de Sitter, „dass die politischen Führer eigentlich alle Pathologen sein müssten, da ein normaler Mensch keine so ungeheure Verantwortung tragen könne, wenn er die Konsequenz seiner Entschlüsse und Handlungen so wenig überschauen könne“<sup>113</sup>. Von einer Übernahme direkter politischer Funktionen hielten Einstein sowohl diese Last der Verantwortung als auch die Zweifel an der Vereinbarkeit von Macht und Moral und die Furcht vor Kompromissen und Korruption ab.

Einsteins politisch-moralisches Engagement<sup>114</sup> erstreckte sich daher vor allem auf Appelle sowie Mitgliedschaften in zahlreichen Vereinigungen, von denen er mit wachsenden Ruhm häufig umworben wurde, den Vorsitz oder einen Platz im Kuratorium einzunehmen. Bei aller Verschiedenheit in den Zielsetzungen, die humanitären, speziell pazifistischen Anliegen oder der internationalen Verständigung durch kulturellen Austausch galten, war allen Vereinigungen ihre oftmals explizit erklärte überparteiliche Ausrichtung gemeinsam. Dies gilt auch für die „Gesellschaft der Freunde des Neuen Russland“, die kulturellen Zielen diene, oder für die „Rote Hilfe“, die nicht nur der kommunistischen Partei nahe stand, sondern sogar von ihr gegründet worden war. In dem von Einstein unterzeichneten Appell, die „Rote Hilfe“ in ihrem Engagement für politische Gefangene und Kinderheime zu unterstützen, hieß es ausdrücklich: „Die Rote Hilfe Deutschlands ist eine überparteiliche Organisation.“<sup>115</sup> Als weitere Unterzeichner finden sich daher auch linksliberale oder -demokratische Persönlichkeiten wie Thomas und Heinrich Mann oder der Bankier Hugo Simon. Dementsprechend lehnte Einstein die Mitgliedschaft in Vereinigungen ab, die ihm parteipolitisch gebunden erschienen, seien sie nun pro- oder antikommunistisch, um im Dienste und im Interesse seiner Ideale „eine politisch neutrale Position zu behaupten“<sup>116</sup>. Mit

<sup>112</sup> Weber, Politik als Beruf, in: Baier u. a. (Hrsg.), Max Weber Gesamtausgabe, Bd. 17, S. 238.

<sup>113</sup> Einstein, Briefe, S. 53.

<sup>114</sup> Vgl. Anton Reiser [Rudolf Kayser], Albert Einstein, New York 1930, S. 151.

<sup>115</sup> Die Menschenrechte. Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte, 1. 12. 1926, S. 10. Der Appell erging von der Deutschen Liga für Menschenrechte, in der Einstein Mitglied war. Wenn Grundmann, Einsteins Akte, S. 409, es aus heutiger Sicht als „sensationelle(n) und geradezu skandalöse(n) Vorgang“ betrachtet, dass Einstein diese Unterschrift leistete, dann übersieht er genau die erklärte Überparteilichkeit der Hilfsorganisation.

<sup>116</sup> Einstein an das prosovjetsche deutsche „Komitee gegen imperialistische Kriege“, 29. 9. 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 198. Siehe auch Einsteins Brief an Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi, 6. 7. 1932, in dem er seine Teilnahme an einen Kongress der Paneuropa-Union ablehnt, da Coudenhove-Kalergi eine antisowjetische Haltung eingenommen habe (ebenda, S. 220).

Ausnahme seiner eigenen Wahlbeteiligung<sup>117</sup> gab Einstein seine Distanz zu politischen Parteien nur einmal, im Vorfeld der Reichstagswahl vom Juli 1932, auf – worauf noch einzugehen sein wird.

Ein instruktives Beispiel dafür, wie Einstein reagierte, wenn seine Ideale mit den Methoden zu ihrer Umsetzung im Widerspruch standen und sich die Frage der politisch-moralischen Verantwortung stellte, sind seine Stellungnahmen zum Kommunismus. In Einsteins Brief an seinen Sohn Hans-Albert vom 5. Juni 1929 wird deutlich, dass der Physiker durchaus die Unvollkommenheit der Menschen, ihren Egoismus und ihr Konkurrenzdenken in Rechnung stellte und sich deshalb lieber auf die Propagierung seiner Ideale beschränkte, als ihre folgenschwere politische Umsetzung zu betreiben: „Ich bin ganz rot geblieben. Wenn ich einen guten Weg wüsste möchte ich gleich ‚Bolschewismus‘ machen. Aber die Menschen sind ein ver-teufelt schwieriges Material!“<sup>118</sup> Nach einer anfänglichen unreflektierten Zustimmung zu den „Bolschewiker[n] [...], so komisch ihre Theorien sind“<sup>119</sup>, differenzierte er zunehmend zwischen dem kommunistischen Ideal und der Praxis. Aus der Beobachtung der UdSSR ergab sich für ihn, dass Planwirtschaft zu Leistungsverfall und das Prinzip der Kaderpartei zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und zur Korruption der Machteliten führe<sup>120</sup>. Gegen diese Methode sprach er sich daher explizit aus und lehnte alle Stellungnahmen ab, die eine Glorifizierung der UdSSR beinhalteten<sup>121</sup>. Unter diesem Vorbehalt pries er Lenin als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und „Erneuerer des Gewissens der Menschheit“<sup>122</sup> und sprach sich weiterhin für das kommunistische Ideal einer herrschaftsfreien, klassenlosen Gesellschaft aus, das er mit seinem Modell einer harmonischen Gemeinschaft selbstbestimmter Individuen in Übereinstimmung sah. Dass dieser Sympathie keine intensive Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx und Engels zugrunde lag, die den Auffassungen Einsteins etwa in Hinblick auf die Diktatur des Proletariats durchaus widersprachen, hat nicht nur Einsteins Kollege und Freund Max Born festgestellt<sup>123</sup>.

<sup>117</sup> Bis Ende 1926 ging Einstein nicht zur Wahl, da er polizeilich als Schweizer und damit nicht in den Wählerlisten geführt wurde; vgl. Grundmann, Einsteins Akte, S. 278.

<sup>118</sup> Diese Briefstelle wurde von der Verfasserin in einer Auktion von Briefen Einsteins bei Christies, Los 65, am 12. 11. 1996 in Berlin eingesehen und abgeschrieben; vgl. Christies Katalog, *The Einstein family correspondence*. London 1996, S. 69; vgl. auch Einstein, *Mein Weltbild*, S. 75: „Egoismus und Konkurrenz sind (leider!) stärkere Kräfte als Gemein-sinn und Pflichtgefühl. In Rußland soll man kein ordentliches Stück Brot bekommen.“

<sup>119</sup> Einstein an Max Born, 27. 1. 1920, in: Albert Einstein/Max Born, *Briefwechsel 1916–1955*, München 1991, S. 43.

<sup>120</sup> Vgl. Einstein an Henri Barbusse, Juni 1932, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 195, Einstein in der *New York Times* vom 17. 5. 1925, in: Ebenda, S. 93, und Einstein an Michele Besso, 21. 10. 1932, in: Albert Einstein/Michele Besso, *Correspondance 1903–1955*, Paris 1972, S. 290.

<sup>121</sup> Vgl. Einstein an Henri Barbusse, Juni 1932, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 195, und Einstein an die „Freunde der Sowjetunion“, 30. 6. 1929, in: Ebenda, S. 115.

<sup>122</sup> Einsteins Stellungnahme für die Liga der Menschenrechte „zu Lenins Todestag“ vom 6. 1. 1929, zit. nach Pais, *Ich vertraue auf Intuition*, S. 225.

<sup>123</sup> Vgl. Einstein/Born, *Briefwechsel*, S. 46.

Allerdings war es Einstein nicht in jedem Fall möglich, die Trennung zwischen Ideal und praktischer Umsetzung aufrechtzuerhalten und damit die Frage der politisch-moralischen Verantwortung zu umgehen und seine Rolle als überparteiliche Orientierungsinstanz zu wahren. Ein Beispiel hierfür ist seine Unterschrift unter einen Protest von 1930 gegen die Erschießung sowjetischer Wissenschaftler, die ohne Gerichtsverhandlung der Sabotage für schuldig befunden worden waren. Am 5. Oktober 1930 hatte Planck eine diesbezügliche Erklärung an Einstein geschickt und ihn um seine Unterschrift gebeten. Bereits fünf Tage später erklärte sich Einstein in einem Brief an Planck zur Unterschrift bereit, da ihm von seinem zwar „nicht objektiv[en]“, aber ehrlichem Gewährsmann Prof. Simon Frank bestätigt worden sei, dass die Anschuldigungen gegen die Wissenschaftler falsch und politisch motiviert seien<sup>124</sup>. Dieser Protest rief nun die beißende Kritik des Schriftstellers Maxim Gorki hervor, der den Unterzeichnern vorwarf, sich an der Hetze der kapitalistischen Ausbeuter im Westen gegen die UdSSR zu beteiligen. Mit ihrem Protest würden sie die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und den Militarismus in ihren Staaten decken, während in der UdSSR mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung „ein Hindernis für das Wachstum der allgemeinen menschlichen Kultur“ beseitigt worden sei, „wovon Sie [die Unterzeichner] platonisch träumen“<sup>125</sup>. Damit war Einstein die Möglichkeit genommen, zwischen Werten und ihrer Umsetzung zu trennen. Er musste sich entscheiden, ob er den Werten oder seinen verantwortungsethischen Bedenken hinsichtlich der Methode den Vorzug geben wollte. Nachdem ihm auch noch der sowjetische Physiker Abraham Joffe dargelegt hatte, dass der Vorfall nur als Anlass für eine Diffamierung der Sowjetunion gedient habe, zog Einstein im Herbst 1931 seine Unterschrift öffentlich zurück, da er durch seine Gewährsleute unzutreffend informiert worden sei<sup>126</sup>.

Auf die scharfe Kritik russischer Emigranten, dass Einstein mit diesem Rückzug „barbarische Regierungsmethoden“<sup>127</sup> rechtfertige, konnte er nur ausweichend antworten, er billige die in Russland geübten Methoden keineswegs. Andererseits habe er aber „grossen Respekt vor den hohen Zielen [...] und vor dem hohen Idealismus“, mit dem versucht werde, in Russland sozial gerechtere Zustände herbeizuführen. Seinen Protest habe er zurückgezogen, um „diejenigen, welche alle Kräfte ehrlich in den Dienst einer guten Sache gestellt haben, nicht [zu] verbittern“<sup>128</sup>. Erst vor dem Erfahrungshintergrund der Jahre vor 1933 hielt Einstein die Trennung zwischen Idee und Methode zu ihrer Verwirklichung nicht mehr aufrecht und bekannte sich in einem Interview 1933 als überzeugter Demokrat

<sup>124</sup> Jewish National and University Library, Jerusalem (künftig: JNUL), Einstein Archives, 19-344, und JNUL, Einstein Archives, 19-346. Ich verdanke diese Quelle Giuseppe Castagnetti.

<sup>125</sup> Maxim Gorki, An die Humanisten! In: Das Neue Russland 8 (Jan. 1931), S. 27-30, hier S. 30.

<sup>126</sup> Vgl. „Professor Einstein über die Sowjetunion“, in: Ebenda (Nov. 1931), S. 40; Abraham F. Joffe, Begegnungen mit Physikern, Leipzig 1967, S. 93.

<sup>127</sup> Joseph Buschansky an Einstein, 3. 10. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-727. Siehe auch den Brief von Buschansky an Einstein vom 25. 9. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-724.

<sup>128</sup> Einstein an Joseph Buschansky, 30. 9. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-726.

und „Feind des Bolschewismus wie des Faschismus. Ich bin gegen alle Diktaturen.“<sup>129</sup>

Dass Einsteins moralische Sichtweise und Bewertung den komplexen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen nicht – oder nicht immer – gerecht werden konnte, ist bereits von Zeitgenossen angemerkt worden<sup>130</sup>. In der Rückschau von 1955 führte der Physiker Werner Heisenberg diese moralische Haltung zu politischen Fragen auf Einsteins Verwurzelung im Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts zurück:

„Er [Albert Einstein] war durch seine Entwicklungsjahre mit dem Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts verknüpft, und in seinen Aufsätzen spiegelt sich das Bild einer Welt, die [...] immer besser werden konnte, wenn die Menschen bereit waren, sich von ihren früheren Vorurteilen zu lösen und sich auf ihre Vernunft zu verlassen. Einstein war trotz schlimmer Erfahrungen nicht bereit, sich von diesem Wunschbild zu trennen. In der politischen Sphäre äußerte sich diese Haltung in einem fast naiven Glauben an die Möglichkeit, politische Probleme durch den guten Willen allein zu lösen.“<sup>131</sup>

Der Fixierung Einsteins auf das moralische Individuum entsprachen seine Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Sie zielen auf die Erziehung und „Veredlung der Menschen“ durch geistig-moralische Vorbilder, durch die Kunst und die Beschäftigung mit der Wissenschaft ab<sup>132</sup>. Das Problem, dass die Wissenschaften, wie etwa die theoretische Physik, kaum mehr einem breiteren Adressatenkreis zugänglich und für dessen Persönlichkeitsbildung fruchtbar zu machen waren, blendete Einstein aus. Und obwohl er sich eingestehen musste, dass die idealistische Idee einer „ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts“ durch die Entwicklung in der modernen Kunst obsolet geworden war, gab er diese Idee nicht auf, sondern klagte, dass „Malerei und Musik [...] deutlich degeneriert [sind] und [...] ihre Resonanz im Volke weitgehend verloren [haben]“<sup>133</sup>. Darüber hinaus setzte sich Einstein in der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit 1930 aktiv für die Verbesserung der Primär- und Sekundärerziehung ein und trat selbst als Redner in Bildungsveranstaltungen auf.

Wie sein Brief an Maxim Gorki von 1932 zeigt, hatte die Erziehung des Individuums für Einstein eindeutig Vorrang vor der Veränderung der sozialen und politi-

<sup>129</sup> Einstein, Über den Frieden, S. 250.

<sup>130</sup> Vgl. Joffe, Begegnungen mit Physikern, S. 93; vgl. auch Willy Hellpachs rückblickende Einschätzung von 1953 in: Einstein, Mein Weltbild, S. 193 f.; Einsteins Entwurf für eine Rede am 3. 10. 1933 auf dem Meeting des Refugee Assistance Funds in London, in: Einstein, Über den Frieden, S. 256: „Nationalismus ist nach meiner Meinung nicht mehr als ein idealistischer Unterbau für den militärischen bzw. aggressiven Geisteszustand eines Volkes.“

<sup>131</sup> Werner Heisenberg, Schritte über Grenzen. Gesammelte Reden und Aufsätze, München 1971, S. 17.

<sup>132</sup> Einstein, Wie ich die Welt sehe, in: Einstein, Mein Weltbild, S. 14: Zwar sei es „richtig, dass die Ergebnisse der Forschung den Menschen nicht veredeln und bereichern, wohl aber das Streben nach dem Verstehen, die produktive und rezeptive geistige Arbeit“.

<sup>133</sup> Ebenda, S. 12.

schen Strukturen, um zu einer herrschaftsfreien und sozial gerechten Gesellschaft selbstbestimmter Persönlichkeiten zu gelangen: „Möge Ihr Werk veredelnd auf die Menschen wirken, wie sich auch immer die Formen der politischen Organisation gestalten mögen. Für das Schicksal entscheidend wird es immer bleiben, was der Einzelne fühlt, will und tut. Deshalb wird auf die Dauer die Erziehung des Menschen stets mehr das Werk der Künstler als der Politiker sein.“<sup>134</sup>

Dementsprechend werden die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen von Einstein nicht danach bewertet, wie sie das Zusammenleben regeln. Wichtiger war ihm, inwieweit sie die Entfaltung zu seinem idealistischen Persönlichkeitsideal zulassen. 1930 setzte sich Einstein mit der Krisensituation auseinander, die u. a. durch die Weltwirtschaftskrise, die Gefährdung der parlamentarischen Republik und die Bedrohung der Demokratie durch totalitäre Ideologien gekennzeichnet war. Die „gegenwärtigen Verfallserscheinungen“ führte er darauf zurück, dass der technische und wirtschaftliche Fortschritt zu einem verschärften Daseinskampf und zur Fremdbestimmung geführt habe, die die Entwicklung des Individuums behinderten. In seiner Klage, dass der zunehmende Organisationsgrad und die Arbeitsteilung und -intensivierung die Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums beschränkt und „Organisation [...] die Führernaturen [in Technik, Wissenschaft und Kunst] ersetzt“<sup>135</sup> habe, mischen sich hellsichtige Modernisierungskritik und ein in der Weimarer Republik weit verbreiteter bildungsbürgerlicher, an der herausragenden Persönlichkeit orientierter Kulturpessimismus. Einsteins Lösungsvorschlag bestand in einer planvollen Verteilung der Arbeit, damit wieder genug Muße für die Persönlichkeitsbildung bleibe. Die Frage, inwieweit sein Persönlichkeitsideal zeitgemäß sei, da die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und ihr erreichter Organisationsgrad sich nicht ohne weiteres rückgängig machen ließen, stellte sich Einstein nicht. Ebenso wenig akzeptierte er die Ausdifferenzierung der Wissenschaft. Orientiert an der Vorstellung eines „Ganze[n] der Wissenschaft“ als Weltbild, das für die Persönlichkeitsbildung fruchtbar zu machen sei, verurteilte er die Spezialisierung, die „den Forscher [...] zum Handlanger degradiert“<sup>136</sup>.

Anfang der 1930er Jahre zeichnete sich ein Wandel in Einsteins Engagement ab, der den Erziehungs- und Führungsanspruch der Intellektuellen stärker hervortreten ließ. Die Lösung dringender Probleme, wie das der Abrüstung, erwartete er nun nicht mehr von der langfristigen Durchsetzung seines Persönlichkeitsideals, sondern von der Aufklärung und Mobilisierung der Massen. Offenbar war Einsteins Vertrauen in die Politik auch demokratisch gewählter Regierungen sehr gering, da die Regierenden zum einen die Repräsentanten der in überlebten Traditionen befangenen Völker seien und zum anderen der Korruption durch die Macht erlügen<sup>137</sup>. Die Aufgabe, die Massen aufzuklären und zu mobili-

<sup>134</sup> Einstein an Maxim Gorki, 29. 9. 1932, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 221.

<sup>135</sup> Einstein, *Wie ich die Welt sehe*, in: Einstein, *Mein Weltbild*, S. 12.

<sup>136</sup> Albert Einstein, *Zum 70. Geburtstag von Arnold Berliner (1932)*, in: Einstein, *Mein Weltbild*, S. 33.

<sup>137</sup> Vgl. Einstein an die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, 3. 7. 1930, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 124, sowie Einstein an J. Hadamard, 24. 9. 1929, in: Ebenda, S. 118.

sieren, übertrug er den „geistigen Führer[n] aller Länder“<sup>138</sup>. Dazu schlug er eine „radikal-pazifistische Vereinigung angesehenen Schriftsteller, anerkannter Künstler und Gelehrter“<sup>139</sup> unter der Leitung des Physikers Paul Langevin vor, die „durch die Presse politischen Einfluss in [...] Fragen der Abrüstung, Sicherheit usw.“ gewinnen sollte<sup>140</sup>. Der Schwerpunkt in der sozialen Rollenzuschreibung der Künstler und Wissenschaftler durch Einstein verlagerte sich damit von der indirekten „Veredlung“ auf das direkte moralisch-politische Engagement.

Die Erfahrung, dass nicht moralische Individuen, sondern konkurrierende Interessengruppen und Organisationen die Gesellschaft bestimmen, führte also nicht dazu, dass Einstein sein Gesellschaftsbild in Frage stellte. Nur die Handlungsmuster veränderten sich; sie blieben aber weiterhin auf das selbstlose Individuum bezogen, indem die moralisch Fortgeschrittenen nun die Führung und Erziehung der Massen übernehmen sollten. Einsteins Brief an Sigmund Freud vom Anfang der dreißiger Jahre verdeutlicht gleichermaßen sein Selbstverständnis als Mitglied einer solchen Elite, die allgemeingültige Werte vertritt, wie sein nichtpluralistisches Demokratieverständnis: „Die politischen Führer bzw. Regierungen verdanken ihre Stelle teils der Gewalt, teil der Wahl durch die Masse. Sie können nicht als eine Vertretung des geistig und moralisch höherstehenden Teiles der Nationen angesehen werden. Die geistig Elite übt aber heute keinen direkten Einfluss auf die Geschichte der Völker aus.“<sup>141</sup>

Dies sollte durch die Bildung einer internationalen „geistige[n] Gemeinschaft“ geändert werden, die „durch Stellungnahme in der Presse [...] auf die Lösung politischer Fragen einen bedeutenden und heilsamen moralischen Einfluss“ gewinnt<sup>142</sup>.

#### *Von der Weimarer Demokratie zur „plebiszitären Führerdemokratie“*

Diese Elitenkonzeption und die Geringschätzung der „Masse“ teilte Einstein mit zahlreichen Linksintellektuellen der Weimarer Republik. Zwar war „allen linken Philosophen die radikaldemokratische Idee einer Gemeinschaft, die die Selbstbestimmung des Einzelnen in Freiheit ermöglicht, gemeinsam“<sup>143</sup>; sie sollte aber primär durch eine intellektuelle Elite umgesetzt werden. Zusammenfassend stellt Norbert Schürgers zu den Basistheoremen sozialistischer und liberaler Philosophien deshalb fest, dass sich „bei fast allen [...] die bornierte Überzeugung von der Ignoranz der Massen mit dem naiv-gefährlichen Glauben an die moralische Integrität und die (All-)Macht der intellektuellen Elite“ paarte<sup>144</sup>. Auch in dem 1930 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Der Aufstand der Massen“

<sup>138</sup> Einstein an die Tagung der Internationale der Kriegsdienstverweigerer (1931), in: Ebenda, S. 158.

<sup>139</sup> Einstein an Victor Margueritte, 19. 10. 1932, in: Ebenda, S. 199.

<sup>140</sup> Einstein an Maurice Solovine, 20. 11. 1932, in: Ebenda, S. 200.

<sup>141</sup> Ebenda, S. 203.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Norbert J. Schürgers, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, Stuttgart 1989, S. 15.

<sup>144</sup> Ebenda, S. 47.

von José Ortega y Gasset, mit dem Einstein bereits 1923 in Toledo zusammengetroffen war, ist die „Einteilung der Gesellschaft in Masse und Elite [...] keine Einteilung nach sozialen, sondern nach menschlichen Kategorien“<sup>145</sup>. Insbesondere viele Vertreter des Liberalismus, die das Individuum ins Zentrum ihrer gesellschaftspolitischen Modelle stellten und von erheblichen (Wert-)Unterschieden zwischen den Menschen ausgingen, entwickelten eine „nahezu panische Angst vor der ‚Masse‘“<sup>146</sup>, die das Individuum zu ersticken drohe.

Dass dieses Denkmuster gerade im deutschen Bildungsbürgertum weit verbreitet war, verwundert angesichts seines Selbstverständnisses als kulturtragende Wertelite nicht. Bereits um 1900 waren hier alternative Gesellschaftsentwürfe diskutiert worden, um den geistigen und gesellschaftlichen Führungsanspruch der Gebildeten und die bedroht geglaubte „Persönlichkeit“ gegen parteipolitischen Interessenegoismus, einen massendemokratisch verankerten Gleichheitsanspruch und eine pluralistische Gesellschaft zu verteidigen. Auf diese Weise wurden die „Herrschaft der Besten“ und die „Aristokratie des Geistes“ zu Schlüsselbegriffen im bildungsbürgerlichen Diskurs der Vorkriegsjahre<sup>147</sup>. Nach der Revolution von 1918 sah sich die Mehrheit der Gebildeten ebenso wie der kritischen Intellektuellen noch stärker in ihrem elitären Selbstverständnis bedroht<sup>148</sup>. Tendenziell führte dies nicht zur Preisgabe, sondern zur Verteidigung ihrer Führungs- und Erziehungsansprüche gegenüber den Massen und zur verstärkten Forderung nach größtmöglicher Freiheit für die Entfaltung der schöpferischen Persönlichkeit, die durch Organisationen, durch „Vermassung“ und „Nivellierung“ gefährdet sei. Die damit verbundene Idealvorstellung einer nicht-pluralistischen, von sozialen Spannungen und politischen Konflikten freien „Volksgemeinschaft“ korrespondierte mit den Erwartungen breiter Bevölkerungskreise, die politisch desorientiert, sozial desintegriert und durch die wirtschaftliche Not verunsichert waren. Im Zusammenhang damit stand die im Deutschland der zwanziger Jahre weit verbreitete Hoffnung auf einen „Führer“, der die konfliktfreie Volksgemeinschaft herbeiführen sollte<sup>149</sup>.

Mit der verschärften Krise des Parlamentarismus Anfang der dreißiger Jahre verstärkten sich auch in linksgerichteten Kreisen die Bemühungen, den Einfluss von Eliten verfassungspolitisch zu verankern, was nicht ohne Einfluss auf Ein-

<sup>145</sup> José Ortega y Gasset, *Hauptwerke*, Stuttgart 1983, S. 17. Siehe auch Thomas F. Glick, *Einstein in Spain*, Princeton 1988, S. 136 f. Da Helene Weyl, die Frau des mit Einstein bekannten Mathematikers Hermann Weyl, Ortega y Gasset's „Der Aufstand der Massen“ 1930 ins Deutsche übersetzt hatte, ist zu vermuten, dass auch Einstein frühzeitig damit bekannt wurde.

<sup>146</sup> Schürgers, *Politische Philosophie in der Weimarer Republik*, S. 17; siehe auch Bernd Faulenbach, *Die Historiker und die „Massengesellschaft“ der Weimarer Republik*, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 225–246, hier S. 240.

<sup>147</sup> Vgl. Rüdiger vom Bruch, *Kulturstaat – Sinndeutung von oben? In: Kultur und Kulturwissenschaften um 1900*, hrsg. v. Rüdiger vom Bruch, Friedrich W. Graf und Gangolf Hübinger, Stuttgart 1989, S. 63–101, hier S. 83 f.

<sup>148</sup> Vgl. auch für das Folgende Döring, *Der Weimarer Kreis*, S. 184, S. 202 u. S. 248 f.; Faulenbach, *Historiker*, in: Schwabe (Hrsg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 225–246, hier S. 226 u. S. 245.

<sup>149</sup> Vgl. Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München 1984, S. 111.

steins politisches Denken blieb. Ein Beispiel hierfür ist der „Weimarer Kreis“ republikfreundlicher Hochschullehrer. Zu seinen Mitgliedern gehörten unter anderem Adolf von Harnack, Willy Hellpach, David Hilbert, Friedrich Meinecke, Walther Nernst oder Ernst Troeltsch<sup>150</sup>, die alle mit Albert Einstein bekannt waren. Ungeachtet ihres Bekenntnisses zum Parlamentarismus hielten die Mitglieder dieses Kreises an der „Aufgabe der Intelligenz“ fest, die „Menge geistig zu beherrschen und zu führen“<sup>151</sup>, und propagierten das Konzept einer „Führerdemokratie“. „Die Führerdemokratie bestand im Wettbewerb konkurrierender Eliten oder charismatischer politischer Führer“ – nicht jedoch Parteien – „um die Stimmen des wahlberechtigten Volkes in periodisch wiederkehrenden Wahlen.“<sup>152</sup> Eine mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattete charismatische „Führernatur“ (Max Weber) als Staats- und Regierungschef sollte das Gegengewicht gegen die Macht von Interessenverbänden bilden und das handlungsunfähige Parlament und die Parteien auf eine untergeordnete Diener- und Zuträgerrolle verweisen<sup>153</sup>. Den Volkswillen wollte man berücksichtigen, indem die politischen Führer nicht vom Parlament, sondern vom Volk direkt bestimmt werden sollten.

Max Weber, der dieses Modell kurz vor seinem Tod 1920 entwickelt hatte, sah darin den Typ der „charismatischen Herrschaft“. Die Wahl des Führers und seine Autorität bei den Massen gründete sich somit nicht vorrangig auf seine von den Wählern gebilligten sachlichen Ziele, sondern auf seine persönlichen Qualitäten. Folglich betonte Weber, dass der Führer nicht Weisungen, sondern nur seinen Überzeugungen zu folgen habe, um aus seinen persönlichen Wertvorstellungen heraus der gesellschaftlichen Entwicklung die Richtung zu weisen<sup>154</sup>. Durch diese Personalisierung der Macht und die Abwertung von Parlament und Parteien als (Mit-)Beteiligte an der politischen Willensbildung war die Führerdemokratie ihrem Wesen nach von der naturrechtlich begründeten Demokratie als freier Selbstbestimmung und Selbstorganisation des souveränen Volkes verschieden<sup>155</sup>. Dies ist ebenso zu betonen wie die Tatsache, dass die genannten Personen, die dieses politische Modell befürworteten, damit keineswegs totalitäre Staatsordnungen im Sinn hatten. Ihre Hauptsorge galt vielmehr dem Problem, „wie man aristokratische und demokratische Prinzipien miteinander vereinen könne, oder [...] wie Individualismus in der industriellen Massengesellschaft möglich sei“<sup>156</sup>. Angesichts der akuten Krise des Parlamentarismus verkörperten deshalb „viele Ideen, die formal anti-demokratisch erscheinen, material nichts anderes [...] als

<sup>150</sup> Vgl. die Aufstellung bei Döring, *Der Weimarer Kreis*, S. 256–260.

<sup>151</sup> Delbrück, Hans [o. A.], zit. nach Döring, *Der Weimarer Kreis*, S. 185. Siehe auch ebenda, S. 185 ff.

<sup>152</sup> Ebenda, S. 252 (Zitat), u. S. 207–231.

<sup>153</sup> Vgl. Schürges, *Politische Philosophie in der Weimarer Republik*, S. 80; Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte*, Frankfurt a. M. 1974, S. 10, S. 61 u. S. 88.

<sup>154</sup> Vgl. ebenda, S. 49 f.

<sup>155</sup> Vgl. ebenda, S. 62.

<sup>156</sup> Ebenda, S. 83.

Vorschläge zur Verwirklichung einer Gesellschaft, in der die freie Selbstbestimmung aller Menschen möglich ist<sup>157</sup>.

Dies gilt auch für Einstein, in dessen Essay von 1930 „Wie ich die Welt sehe“ sich verblüffend ähnliche Gedanken finden. Darin beschäftigte auch er sich zunächst mit dem Problem, dass der wachsende Organisationsgrad die Persönlichkeitsbildung des Individuums einschränke und vor allem die Heranbildung von „Führernaturen“ verhindere: „Aber die Zahl der Führernaturen hat unverhältnismäßig abgenommen. Nur wenige Menschen sind durch ihre produktive Leistung den Massen als Persönlichkeiten bekannt. Organisation hat bis zu einem gewissen Maße die Führernaturen ersetzt.“<sup>158</sup>

Vor diesem Hintergrund lässt sich seine Überzeugung, dass allein die schöpferische Persönlichkeit Werte für die Gemeinschaft schaffe, während die „Herde als solche stumpf im Denken und [...] Fühlen bleibt“<sup>159</sup>, nur im Sinne eines aristokratischen Individualismus verstehen. Um zu stabilen Regierungsverhältnissen zu gelangen und um der wertsetzenden Einzelpersönlichkeit in der Politik zu mehr Geltung zu verhelfen, hielt Einstein es auch in einer Demokratie für nötig, „dass einer denke, anordne und im Großen die Verantwortung trage.“ Er fuhr fort: „Aber die Geführten sollen nicht gezwungen sein, sondern den Führer wählen können.“<sup>160</sup> Die Notwendigkeit von Wahlen begründete Einstein allerdings weniger mit dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums als vielmehr damit, dass ein „autokratisches System des Zwanges“ in kurzer Zeit degeneriere: „Denn Gewalt zieht stets moralisch Minderwertige an.“<sup>161</sup>

Konkret schlug er eine Veränderung des „unpersönlichen Charakter des Wahlmodus“ nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten vor: „Sie haben nämlich einen auf genügend lange Zeit gewählten, verantwortlichen Präsidenten, der genug Macht hat, um tatsächlich Träger der Verantwortung zu sein.“<sup>162</sup> Auf zentrale Charakteristika, die die präsidentielle Demokratie Amerikas von der plebiszitären Führerdemokratie unterscheiden, wie etwa das System von „checks and balances“ oder „the power of the purse“ des Kongresses als Kontrollinstanz und Gegengewicht zur Exekutive<sup>163</sup>, ging Einstein mit keinem Wort ein. Die Frage, wie der 1930 schon fast handlungsunfähige Reichstag eine solche Kontrollfunktion ausüben sollte, bleibt ebenfalls unbeantwortet. Wie Wolfgang J. Mommsen betont, hatte sich Max Weber bei der Entwicklung seines Modells einer plebiszitären Führerdemokratie auch an den USA orientiert<sup>164</sup>. Vor allem die personalisierte Wahl des Präsidenten, seine machtvolle Stellung und die Rolle der Parteien als Wahlkampfmaschinen des Präsidentschaftskandidaten waren Vorbilder für Webers

<sup>157</sup> Schürgers, *Politische Philosophie in der Weimarer Republik*, S. 23.

<sup>158</sup> Einstein, *Mein Weltbild*, S. 12.

<sup>159</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>160</sup> Ebenda, S. 8 f.

<sup>161</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>162</sup> Ebenda.

<sup>163</sup> Peter H. Merkl/Dieter Raabe, *Politische Soziologie der USA. Die konservative Demokratie*, Wiesbaden 1977, S. 118 u. S. 145.

<sup>164</sup> Vgl. Mommsen, Max Weber, S. 90 ff.

Modell, die Stellung und die Kompetenzen von Kongress und Repräsentantenhaus waren es weniger oder gar nicht.

Wie wenig Einstein mit den besonderen Erfordernissen und Bedingungen moderner Massenparteien und ihrem Bedarf an Legitimation durch die Parteibasis vertraut war, bzw. dass er sich schlicht darüber hinwegsetzte, zeigt sein Verhalten in der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. Vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund war auch Einstein aufgefordert worden, einen Appell für gemeinsame Kandidatenlisten von SPD und KPD zu unterschreiben, um der faschistischen Gefahr zu begegnen. Da Einstein einen öffentlichen Appell nicht für erfolgversprechend hielt, lehnte er zunächst ab. Sein Gegenvorschlag lautete, dass Käthe Kollwitz und er die drei Arbeiterführer, nämlich Otto Wels von der SPD, Ernst Thälmann von der KPD und Theodor Leipart vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu einem persönlichen Gespräch einladen, „dann werden wir das klarkriegen“<sup>165</sup>. Aus dieser Idee ging ein Offener Brief vom 17. Juni 1932 an die genannten Arbeiterführer hervor, in dem Einstein, Kollwitz und Heinrich Mann schrieben: „Zu beseitigen ist die Gefahr [der Faschisierung] nach unserer Einsicht durch das Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien im Wahlkampf. [...] Die Verantwortung ist bei den Führern, wir betonen es mit dem stärksten Nachdruck. Entscheiden sollte nur das offenkundige Verlangen der Arbeiter, zusammenzustehen.“<sup>166</sup>

Erst als die drei Arbeiterführer auf diesen Brief ablehnend oder gar nicht reagierten, unterzeichnete Einstein den öffentlichen Appell des Sozialistischen Kampfbundes. Seine Vernachlässigung der konkurrierenden Parteiideologien und -strategien sowie der Parteibasis, deren Zustimmung zu einer solchen grundsätzlichen Entscheidung stillschweigend vorausgesetzt wird, fällt ebenso auf wie die Überschätzung der Entscheidungsgewalt der Parteiführer und die Überschätzung seines eigenen Einflusses als überparteiliche Orientierungsinstanz.

Hatte sich Einstein 1918 gegenüber Hiller noch für eine vollständige Demokratisierung Deutschlands durch eine weitgehende „Dezentralisierung des Machtwillens“ ausgesprochen, so vertrat er 1930 offenkundig die entgegengesetzte Position. Wie seine weiteren Ausführungen zeigen, war damit jedoch keine Abkehr vom demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung jedes Individuums verbunden. Vielmehr sollte die „Zentralisierung der Macht“ hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. So beklagte er 1930:

„In der Politik fehlt es nicht nur an Führern, sondern die geistige Selbständigkeit und das Rechtsgefühl des Bürgers sind weitgehend gesunken. Die demokratische, parlamentarische Organisation, welche eine solche Selbständigkeit zur Voraussetzung hat, ist an vielen Orten ins Wanken geraten; Diktaturen sind entstanden und werden geduldet, weil das Gefühl für die Würde und das Recht der Persönlichkeit nicht mehr genügend lebendig ist. In zwei Wochen kann durch die Zeitungen die

<sup>165</sup> Zit. nach Udo Vorholt, *Die politische Theorie Leonard Nelsons*, Baden-Baden 1998, S. 203.

<sup>166</sup> Christa Kirsten/Hans-Jürgen Treder (Hrsg.), *Albert Einstein in Berlin 1913–1933*, Bd. 1, Berlin 1979, S. 223, Dok. 146.

urteilslose Menge [...] in einen Zustand solcher Wut und Aufregung versetzt werden, dass die Männer bereit sind, als Soldaten gekleidet zu töten und sich töten zu lassen für die nichtswürdigen Ziele irgendwelcher Interessenten.“<sup>167</sup>

In dieser Situation sollte offensichtlich die Wahl und eigenverantwortliche Regierung einer moralisch integren Führerpersönlichkeit die verlorenen Werte und das Wertebewusstsein restituieren und das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht des Individuums gegenüber Interessengruppen verteidigen. Eine solche Führerfigur hatte Einstein in dem ehemaligen Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann gesehen. In seiner Erklärung zum Tode Stresemanns vom 12. Oktober 1929 beschrieb er an ihm die Eigenschaften, „die man bei grossen Führern stets findet“: „Er wirkte nicht als Vertreter einer Kaste, eines Berufes, eines Landes [...], sondern direkt als geistiger Mensch und als Träger einer Idee.“<sup>168</sup> Dementsprechend begrüßte Einstein 1932 auch den Vorschlag Kurt Hillers, dass Heinrich Mann für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren solle.<sup>169</sup>

Auch wenn Einstein einen Führer im Sinn hatte, der sich die Umsetzung zentraler Werte im Dienste der Gesamtheit zum Ziel setzt, kann man gleichwohl daran zweifeln, inwieweit sein Vorschlag zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts und zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Bürger beitragen konnte. Zum einen war es fraglich, ob das Volk so viel Mündigkeit beweisen würde, um eine demokratischen Werten verpflichtete Führernatur zu wählen und nicht eine autoritäre Vaterfigur oder einen Demagogen, der an die Emotionen appelliert. Zum anderen barg eine derart personalisierte Wahl und „Personalisierung“ der Macht eine Abwertung der Dignität des Verfassungssystems und damit die Gefahr, das demokratische Bewusstsein eher zu mindern, als die Bürger zu politischer Mündigkeit und Mitsprache zu erziehen.<sup>170</sup> Beruht die Funktionsfähigkeit des politischen Systems in den USA „auf drei grundsätzliche[n] Wesenszüge[n] der amerikanischen Politik [...]“: eine allgemeine Kompromissbereitschaft zugunsten pluralistischer, partieller Lösungen, die Wahrung demokratischer Verfahrensregeln und eine tiefverwurzelte Ehrfurcht gegenüber der Verfassung“<sup>171</sup>, so war gerade dies in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre nicht gegeben. Mit der Kanzlerschaft Hermann Müllers endete im März 1930 die letzte Regierung, die noch über eine Reichstagsmehrheit verfügt hatte. Das nachfolgende Präsidialkabinett von Heinrich Brüning war vom Reichspräsidenten auf eine Entmachtung des Parlaments und die Ausschaltung der Sozialdemokratie eingeschworen worden und regierte häufig auf der Grundlage des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten nach Artikel 48<sup>172</sup>. Damit vollzog sich eine Verlagerung der Macht und der Handlungs-

<sup>167</sup> Einstein, *Mein Weltbild*, S. 12.

<sup>168</sup> Grüning (Hrsg.), *Ein Haus für Albert Einstein*, S. 311.

<sup>169</sup> Vgl. ebenda, S. 202 f. Siehe auch Kurt Hiller, *Der Präsident [1932]*, in: Kurt Hiller, *Köpfe und Tröpfe*, Hamburg/Stuttgart 1950, S. 29–35, hier S. 32.

<sup>170</sup> Vgl. Mommsen, *Max Weber*, S. 70.

<sup>171</sup> Merkl/Raabe, *Politische Soziologie der USA*, S. 149.

<sup>172</sup> Vgl. Detlev J. Peukert, *Die Weimarer Republik: Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, S. 252–254, und Kolb, *Die Weimarer Republik*, S. 123–125.

kompetenzen, weg vom Parlament und von den Parteien, hin zur ständig expandierenden Präsidialgewalt, die der achtzigjährige Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ausübte, ohne aber auch nur im Entferntesten die Führernatur im Sinne Einsteins zu sein.

#### *Einstein zwischen elitärem und demokratischem Denken*

Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im privaten Umfeld Einsteins lebte die Idee einer aristokratischen Demokratie fort. 1932 erschien Rudolf Kaisers Buch über Spinoza<sup>173</sup>, das sich als Plädoyer für die politische Institutionalisierung des moralischen Einflusses der Intellektuellen lesen lässt. Ende 1932 hatte Einstein das Buch gelesen, für dessen englische Fassung von 1946 er das Vorwort schrieb. Angesichts des sehr freundschaftlichen Verhältnisses zu seinem Schwiegersohn und Einsteins Verehrung für Spinoza ist aber zu vermuten, dass sich beide schon während der Entstehung des Buches darüber unterhalten hatten. Als zentrale Werte Spinozas stellt Kayser darin die Eintracht der Gesinnung in einem Volk und den Wert der Freiheit heraus, weshalb jede Regierung auf dem Volkswillen beruhen müsse. Da aber nur die Vernunft zur Freiheit führe, die Mehrheit des Volkes jedoch ihren Leidenschaften und Trieben unterworfen bleibe, habe sich Spinoza für „das Recht der Persönlichkeit auf Führung“ und für eine „Demokratie“ mit „aristokratischer Führung“ ausgesprochen, in der die Persönlichkeiten „geistigen Ranges“ den – so ließe sich ergänzen: durch sie definierten – einträchtigen Volkswillen repräsentieren<sup>174</sup>. Es verwundert nicht, dass dieses Modell überaus zustimmend besprochen wurde, war doch Kayser einer der Mitbegründer der aktivistischen Intellektuellenbewegung gewesen, die 1916 die politische „Aristokratie der Geistigen“<sup>175</sup> gefordert hatte.

Sowohl Kayser als auch der Weimarer Kreis werden dem linken, demokratisch-liberalen Spektrum der Weimarer Intelligenz zugeordnet. Um so mehr bringen ihre Bemühungen, den Wertepluralismus in einer Demokratie zu begrenzen und aristokratische Korrekturen vorzunehmen, die gängige Dichotomie von linken versus rechten Intellektuellen, von Modernen versus Kritikern der Moderne durcheinander. In der Literatur zu den Intellektuellendiskursen in der Weimarer Republik wird deshalb vorgeschlagen, den entscheidenden Gegensatz nicht zwischen rechts und links zu sehen, sondern zwischen Gesellschaftskonzepten, die auf eine Kontingenzaufhebung zielen – und sei es der „Totalitarismus der universellen Werte“ im Namen der zu vollendenden Vernunft –, und solchen der „Kontingenztoleranz“, die modern sind im Sinne des politischen Pluralismus und eine Wertepluralität und Interessendivergenzen akzeptieren und

<sup>173</sup> Vgl. Rudolf Kayser, *Spinoza. Bildnis eines geistigen Helden*, Wien/Leipzig 1932.

<sup>174</sup> Ebenda, S. 294 f. (Zitate), u. S. 296–299; vgl. auch Rudolf Kayser, *Aufklärung*, in: *Das Ziel*, hrsg. v. Kurt Hiller, Bd. 2: *Tätiger Geist!* München/Berlin 1917/18, S. 66–83, hier S. 78. Siehe zu Spinozas Staatstheorie Manfred Walther, *Carl Schmitt contra Baruch Spinoza oder Vom Ende der politischen Theologie*, in: Hanna Delf/Julius Schoeps/Manfred Walther (Hrsg.), *Spinoza in der europäischen Geistesgeschichte*, Berlin 1994, S. 422–443.

<sup>175</sup> Hiller, *Taugenichts*, in: Ders., *Verwirklichung des Geistes im Staat*, S. 52 ff., hier S. 60.

tolerieren<sup>176</sup>. Diese Ambivalenzen lassen sich auch im Denken Einsteins erkennen, wenn er einerseits für das Selbstbestimmungsrecht des Individuums in einer Demokratie eintritt, andererseits aber unter dem Eindruck einer krisengeschüttelten pluralistischen Gesellschaft elitäre Modelle und eine plebiszitäre Führerdemokratie befürwortet. So protestierte Einstein etwa zur gleichen Zeit, als er sich gegenüber Sigmund Freud gegen die Wahl durch die „Masse“ aussprach, gegen die Beschränkung der Pressefreiheit durch Notverordnungen, da dies den Staat zu einem „Untertanenverband“ degenerieren lasse<sup>177</sup>. In der Widersprüchlichkeit von Einsteins demokratischem und elitärem Denken spiegelt sich somit auch die ideologische Gemengelage der Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik.

Dieser Widerspruch zwischen elitärem und demokratischem Denken gewann durch Einsteins Schopenhauer-Rezeption noch an Schärfe. Es liest sich wie eine Paraphrasierung von Schopenhauer, demzufolge „der gewöhnliche Mensch, diese Fabrikware der Natur“, einer interesselosen Betrachtung und damit Triebbefreiung „wenigstens [...] nicht anhaltend fähig“<sup>178</sup> sei, wenn Einstein 1931 über die moralischen Potenzen seiner Zeitgenossen urteilte: „Zahlreich spendet die Natur ihre Dutzendware, aber das Feinere erzeugt sie selten.“<sup>179</sup> Diese Auffassung stand mit Einsteins Bekenntnis zur Demokratie in merkwürdigem Kontrast. Denn sein Demokratieverständnis bezog sich nicht nur auf die formal rechtliche Gleichheit aller Individuen, sondern war aufklärerischen und idealistischen Postulaten verpflichtet und ging von der prinzipiellen Gleichrangigkeit und Gleichachtung aller Menschen als Persönlichkeiten aus: „Mein politisches Ideal ist das demokratische. Jeder soll als Person respektiert und keiner vergöttert sein.“<sup>180</sup> Die Kluft zwischen elitären und demokratischen Zügen im politischen Denken Einsteins war letztlich nur in dem Maße überbrückbar, in dem er an die moralische Erziehbarkeit der „Masse“ durch die geistige Elite glaubte. Aber auch in diesem Punkt blieb Einstein – zumal wenn er mit Schopenhauer argumentierte – widersprüchlich. Warum er trotz seiner Überzeugung von erheblichen Qualitätsunterschieden unter den Menschen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit und politische Gleichheit aller Individuen verteidigte, lässt sich aber auch durch seinen spezifischen Erfahrungshintergrund erklären. Als Jude und Pazifist hatte Einstein lange vor 1933 die Diskriminierung als Andersdenkender und vermeintlich Minderwertiger erlebt. Nicht von ungefähr stammt das folgende Bekenntnis Einsteins aus dem Frühjahr 1933: „Solange mir eine Möglichkeit offen steht, werde ich mich

<sup>176</sup> Vgl. Manfred Gangl, Vorwort, in: Ders./Gerard Raulet (Hrsg.), *Die Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage*, Frankfurt a. M. 1993, S. 9–11, und Hartmut Ruddies, *Flottierende Versatzstücke und ideologische Austauscheffekte*, in: Ebenda, S. 19–35, hier S. 20. Siehe zur breiten Streuung und Vielfalt der Kulturkritik quer durch alle politischen Lager auch Peukert, *Die Weimarer Republik*, S. 179–190.

<sup>177</sup> Einstein an Rudolf Olden, 12. 10. 1932, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 221.

<sup>178</sup> Schopenhauer, *Zürcher Ausgabe*, Bd. I/1: *Die Welt als Wille und Vorstellung*, S. 242.

<sup>179</sup> Einsteins nicht gehaltene Rede zum Fall Emil J. Gumbel im April 1931, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 150.

<sup>180</sup> Einstein, *Mein Weltbild*, S. 8.

nur in einem Land aufhalten, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen.“<sup>181</sup>

In Einsteins Erklärungsversuchen von 1933 für die politische Fehlentwicklung kommen seine elitären Denkmuster und seine ungebrochene Überzeugung vom Führungs- und Erziehungsauftrag der Intellektuellen und von ihrem heilsamen moralischen Einfluss auf die Lösung politischer Fragen noch einmal zum Tragen. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten erklärte sich Einstein zum einen mit der Manipulierbarkeit und Triebbestimmtheit der Massen und der Korruption der wirtschaftlichen und Machteliten<sup>182</sup> und zum anderen mit dem Versagen der geistigen Elite: „Unsere Vertreter der Wissenschaft versagen in ihrer Pflicht, für das Geistige einzustehen [...]. Deshalb nur können minderwertige und gemeine Naturen zur Herrschaft gelangen [...].“<sup>183</sup> Für dieses Verhalten der „geistiger Führung Berufenen“<sup>184</sup>, von denen etwa die Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften bis auf wenige Ausnahmen 1933 auf NS-Kurs einschwenkten und Einsteins Austritt aus der Akademie guthießen, fehlte Einstein allerdings jede Erklärung. Ratlos schrieb er daher am 5. April 1933 aus der Emigration an den holländischen Astronomen Willem de Sitter: „Kurios ist nur das vollständige Versagen der sogenannten geistigen Aristokratie.“<sup>185</sup> Den Widerspruch zwischen seiner Aufforderung an die Wissenschaftler zum politischen Handeln und seinem Ideal des wissenschaftlichen Menschen, dessen stärkste Triebfeder die Flucht aus dem Alltagsleben ist, erkannte Einstein offenbar nicht. Er selbst hielt trotz der Äußerungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften gegen ihn weiter am Leitbild des gesellschaftsfernen wissenschaftlichen Menschen fest. In einem Brief vom 6. April 1933 versicherte Einstein den Sekretar der Akademie, Max Planck, seiner Freundschaft, „ungeachtet dessen, was sozusagen weiter unten sich zuträgt“<sup>186</sup>.

### Einsteins politisches Denken und Handeln nach 1933

1939 hielt Einstein sein „Weltbild“ – ausformuliert in der 1934 veröffentlichten gleichnamigen Aufsatzsammlung – für „sachlich noch ebenso zutreffend wie damals“<sup>187</sup>. Im Ausblick auf die Jahre nach 1933 bestätigt sich diese Kontinuität in zentralen Denk- und Handlungsmustern – allerdings mit erheblichen Ein-

<sup>181</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>182</sup> Vgl. Einstein an Paul Ehrenfest, 14. 4. 1933, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 234.

<sup>183</sup> Ebenda, S. 235.

<sup>184</sup> Einstein an Thomas Mann, 29. 4. 1933, in: Ebenda, S. 237.

<sup>185</sup> Einstein, *Briefe*, S. 53.

<sup>186</sup> Einstein, *Über den Frieden*, S. 233. Siehe auch Dieter Hoffmann, *Das Verhältnis der Akademie zu Republik und Diktatur. Max Planck als Sekretar*, in: Wolfram Fischer u. a. (Hrsg.), *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000, S. 53–85; Plancks Briefe an den Sekretar Heinrich von Ficker, 31. 3. 1933 und 13. 4. 1933, in: Kirsten/Treder, *Einstein in Berlin*, Bd. I, S. 245 u. S. 254.

<sup>187</sup> Albert Einstein, *Zehn schicksalsschwere Jahre (1939)*, in: Einstein, *Aus meinen späten Jahren*, S. 48.

schränkungen. Denn unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges und der Judenverfolgung bezweifelte Einstein zunehmend die Erziehbarkeit des Menschen und die moralische Führungsrolle und Aufklärungsfunktion der Intellektuellen oder verneinte sie gänzlich. Dies führte allerdings nicht zur klaren Ablösung eines Denkmusters durch ein anderes. Vielmehr behielt Einstein gleichzeitig – womöglich aus Zweckoptimismus – die alten Positionen und Handlungsmuster bei, was zu erheblichen Widersprüchen führte. Um sich darin nicht zu verlieren, werden zunächst die Kontinuitäten und anschließend die Brüche in Einsteins politischem Denken und Handeln dargestellt.

Eine Konstante in Einsteins Weltbild blieb die Fixierung auf das moralische Individuum und eine harmonische Gesellschaft. „Das Fundament aller menschlichen Werte ist“ – und blieb für Einstein – „das Moralische“<sup>188</sup>. Von der „Sehnsucht erfüllt, eine allumfassende, harmonische menschliche Gemeinschaft zu schaffen“<sup>189</sup>, musste für ihn das vorrangige „Ziel [...] die Heranbildung selbständig handelnder und denkender Individuen sein, die aber im Dienste an der Gemeinschaft ihre höchste Lebensaufgabe sehen“<sup>190</sup>. Dieses Gesellschaftsbild prägte auch weiterhin seine Vorstellung von Demokratie. Seine „demokratische Grundeinstellung“ kennzeichnete er damit, dass die Bestimmung jedes Individuums „freiwilliges Dienen und nicht etwa Herrschen“ sei, was „kein[en] Platz für Vergottung einer Nation, einer Klasse oder gar eines Individuums“ lasse<sup>191</sup>. Nach 1933 akzeptierte und befürwortete Einstein jedoch erstmals explizit die Existenz verschiedener gesellschaftlicher „Gruppen mit gemeinsamen Überzeugungen, Zielen und Interessen“ sowie von politischen Parteien, ohne die „das politische Interesse der Bürger erlahmen“ und es „kein Forum für den Wettstreit der Meinungen“<sup>192</sup> geben würde. Eine solche spezifische Gruppe bilden – so Einstein – auch die Juden, die das Ideal der sozialen Gerechtigkeit, die hohe Wertschätzung intellektuellen Strebens und ein kritischer Geist gegenüber Autoritäten verbinde, was ihnen den erbitterten Hass der Nationalsozialisten eingetragen habe. Es ist daher kein Zufall, dass Einsteins Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaft und Demokratie 1938 unter dem Titel „Antisemitismus“ erschien und auch dadurch auf den Erfahrungshintergrund der Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten in einer totalitären „Volksgemeinschaft“ verwies.

Dieser Wettstreit der Meinungen sollte zu „vernünftigen Einigungen“ und letztlich wiederum zu einer harmonischen Gesellschaft führen, weshalb Einstein den „kritischen und sozialen Sinn“ der Bürger als Voraussetzung einer „gesunden

<sup>188</sup> Einstein an seine Schwester, 31. 8. 1935, in: Einstein, Briefe, S. 17. Siehe auch Einsteins Brief an einen namentlich nicht genannten Pfarrer in Brooklyn vom 20. 11. 1950, in: Ebenda, S. 91.

<sup>189</sup> Albert Einstein, In memoriam Rudolf Ladenburg (1952), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 225.

<sup>190</sup> Albert Einstein, Allgemeines über Erziehung (1936), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 22 f. Siehe auch ders., Naturwissenschaft und Religion, Teil 1 (1939), in: Ebenda, S. 39, sowie Einstein, Erziehung zu selbständigem Denken (1952), in: Einstein, Mein Weltbild, S. 23 f.

<sup>191</sup> Einstein, Naturwissenschaft und Religion, in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 39.

<sup>192</sup> Ebenda, S. 243. Diese Angabe bezieht sich auf alle Zitate im Satz.

demokratischen Gesellschaft“ ansah<sup>193</sup>. Im Hinblick auf die Urteilsfähigkeit und das moralische Niveau der Mehrheit der Bevölkerung kam Einstein aber auch nach seiner Emigration in die USA 1933 zu einem negativen Ergebnis. Deshalb blieb auch die Gegenüberstellung einer Wertelite einerseits und den triebbestimmten, manipulierbaren Massen sowie den korrupten politischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen andererseits unverändert. So führte er 1939 in einer Botschaft an die Nachwelt die Tatsache wirtschaftlicher Not und Kriege darauf zurück, „dass die Intelligenz und Charakterbildung der Massen unvergleichlich tiefer steht als die entsprechenden Eigenschaften der wenigen, die für die Gesamtheit Wertvolles hervorbringen“<sup>194</sup>. Hieraus resultierte der Erziehungs- und Führungsauftrag der „Minorität wohlmeinender und aufrechter Menschen“<sup>195</sup>. Da „Gewinnucht und politischer Ehrgeiz fast ausschließlich das Geschehen bestimmen, und nicht Sachkenntnis und auf objektives Denken gegründetes Urteil“<sup>196</sup>, erwartete Einstein eine „vernünftige Einigung“ in den Fragen der Völkerverständigung und internationalen Sicherheit nicht von den Verhandlungen der Politiker, sondern nur von „Personen, die sich nicht durch übertriebenen Nationalismus oder durch sonstige Leidenschaften irre machen lassen“<sup>197</sup>. 1944 sprach er sich mehrfach für eine internationale Organisation aller Intellektuellen aus, die „durch Schule und Publizistik aufklärend auf die öffentliche Meinung einwirk[en]“<sup>198</sup> und „unmittelbar auf die verantwortlichen Politiker“ und die Gesetzgebung Einfluss nehmen sollte<sup>199</sup>. Bis kurz vor seinem Tod setzte er sich im Kampf gegen Atomwaffen und Wetrüsten für eine entsprechende öffentliche Erklärung weniger „Personen, die durch ihre wissenschaftlichen [...] Leistungen internationale Autorität haben“<sup>200</sup> ein. Aufgrund seines großen moralischen Einflusses sollte auch Albert Schweitzer hierfür gewonnen werden<sup>201</sup>, während die politische Bindung einer Person als Ausschlusskriterium fungierte.

Einsteins weiterhin ablehnende Haltung gegenüber Macht-, Partei-, Interessen- und Realpolitik wird auch in der Aussage deutlich, dass „berechnende politische Klugheit [...] auf die Dauer doch nichts anderes erzeugt als Misstrauen aller gegen alle. Kann man daran zweifeln, dass Moses ein besserer Führer der Menschheit gewesen ist als Machiavelli?“<sup>202</sup> Zusammen mit dem Zweifel an der Vereinbarkeit von Macht und Moral und der Furcht vor Kompromissen, vor

<sup>193</sup> Einstein an die New Jersey Education Association, 10. 11. 1939, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 323.

<sup>194</sup> Ebenda, S. 299.

<sup>195</sup> Einstein am 6. 2. 1954, in: Einstein, *Briefe*, S. 82.

<sup>196</sup> Albert Einstein, *Über die Notwendigkeit einer Organisation aller Intellektuellen* (1944), in: Einstein, *Aus meinen späten Jahren*, S. 178.

<sup>197</sup> Albert Einstein, *Die Voraussetzungen der Völkerverständigung* (1947), in: Ebenda, S. 141 f.

<sup>198</sup> Einstein, *Über die Notwendigkeit einer Organisation aller Intellektuellen*, in: Ebenda, S. 178.

<sup>199</sup> Vorschlag für ein politisches Programm des Komitees zur Wiederwahl von Präsident Roosevelt 1944, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 342.

<sup>200</sup> Einstein an Bertrand Russel, 16. 2. 1955, in: Ebenda, S. 621.

<sup>201</sup> Einstein an Bertrand Russel, 4. 3. 1955, in: Ebenda, S. 624.

<sup>202</sup> Albert Einstein, *Die Gefährdung unseres kulturellen Erbgutes* (1937), in: Einstein, *Aus meinen späten Jahren*, S. 29.

Korrumpierung und den – nicht zu überblickenden – Konsequenzen politischen Handelns trug diese Einstellung dazu bei, dass sich Einsteins politisches Engagement nach wie vor auf die moralische Einflussnahme auf politische Fragen beschränkte. So lehnte er das repräsentative Amt als Staatspräsident Israels im November 1952 mit dem Hinweis darauf ab, dass „die Regierung bzw. das Parlament Dinge beschließen [könnte], die mich in einen Gewissenskonflikt bringen würden; die moralische Verantwortung wird nicht durch die Tatsache aufgehoben, dass man de facto keinen Einfluss auf die Ereignisse hat“<sup>203</sup>.

Im harten Widerspruch zu diesen Kontinuitäten entwickelte Einstein nach 1933 allerdings eine grundlegend entgegengesetzte Anschauung, nämlich dass „Weltverbesserung“ durch Aufklärung und Erziehung nicht möglich sei, da die Menschen an sich schlecht sind und die Intellektuellen hiervon keine Ausnahme bilden. In der Einschätzung der Intellektuellen zeichnete sich dieser Bruch bereits 1933 mit der Beobachtung des Versagens der „sogenannten geistigen Aristokratie“ gegenüber den Nationalsozialisten ab.

Der Grundannahme, dass die Beschäftigung mit der Wissenschaft den wissenschaftlichen Menschen zur „tiefen Verehrung für die in dem Seienden sich manifestierende Vernunft“ und dadurch zur „Befreiung von den Fesseln des persönlichen Wünschens und Hoffens“<sup>204</sup> führe, blieb Einstein allerdings treu. So bekannte er, auch in den schlimmsten Jahren im „Streben nach Wahrheit [...] eine Art Zuflucht“ gefunden zu haben, „die keine Verzweiflung [...] aufkommen lässt“<sup>205</sup>. Gleichzeitig hielt er daran fest, dass die Befreiung von egoistischen Wünschen den gesellschaftsfernen wissenschaftlichen Menschen letztlich zur moralischen Orientierungsinstanz qualifiziere und zur selbstlosen Verteidigung ethischer Werte verpflichte. Das Ausbleiben dieses Engagements konnte sich Einstein daher auch nach 1933 nur mit „Charakterschwäche und Verantwortungslosigkeit“<sup>206</sup> erklären. In einer längeren Betrachtung zur sozialen Situation und moralischen Pflicht der Wissenschaftler konstatierte er 1950 die innere Bedrohung und „materielle Abhängigkeit [...] des wissenschaftlichen Menschen“ von den politisch und wirtschaftlich Herrschenden, die durch „geistige und seelische Beeinflussung den Nachwuchs unabhängiger Persönlichkeiten unterbinde[n]“. Ungeachtet dieser Analyse wollte es Einstein aber nicht hinnehmen, dass die – meisten – Wissenschaftler nicht für das von ihnen erkannte Ziel einer internationalen Rechtsordnung zur Rettung der Menschheit eintraten, sondern sich in diese Abhängigkeiten fügten. In seiner Antwort auf die selbstgestellte Frage, ob der wissenschaftliche Mensch „nicht in einem nur aufs Intellektuelle eingestellten Streben seine Verantwortlichkeit und Würde vergessen“ habe, kommt ebenso sehr Beharrlichkeit im Festhalten am Leitbild des wissenschaftlichen Menschen wie Hilflosigkeit zum Ausdruck:

<sup>203</sup> Einstein an die Zeitung ‚Maariv‘, 21. 11. 1952, in: Einstein, Über den Frieden, S. 570.

<sup>204</sup> Albert Einstein, Naturwissenschaft und Religion, Teil II (1941), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 46.

<sup>205</sup> Einstein an Otto Juliusberger, 30. 9. 1942, in: Einstein, Briefe, S. 78.

<sup>206</sup> Einstein, Zehn schicksalsschwere Jahre, in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 50.

„Ich antworte: Einen innerlich freien und gewissenhaften Menschen kann man zwar vernichten, aber nicht zum Sklaven oder zum blinden Werkzeug machen. Wenn der wissenschaftliche Mensch unserer Tage Zeit und Mut fände, seine Situation und seine Aufgabe ruhig und kritisch zu erwägen und entsprechend zu handeln, so würden die Aussichten auf eine vernünftige und befriedigende Lösung der gegenwärtigen gefährvollen internationalen Situation wesentlich verbessert werden.“<sup>207</sup>

Herrscht in dieser Betrachtung noch (Zweck-)Optimismus vor, so assoziierte Einstein in anderen Stellungnahmen nicht mehr mit besonderen intellektuellen auch besondere moralische Kompetenzen: „Der Intellekt hat ein scharfes Auge für Mittel und Werkzeuge, ist aber blind für Ziele und Werte.“<sup>208</sup> Da sich „diese Eigenschaft [...] auch in der Eigenart seiner Priester, der Intellektuellen [spiegelt]“<sup>209</sup>, stellte Einstein ihre Aufklärungsfunktion und moralische Erzieherrolle in Abrede. Die Frage, „was wir Intellektuelle für die Erreichung“ einer übernationalen Organisation tun können, beantwortete er 1940 negativ, „denn die Intellektuellen sind feige“<sup>210</sup> und – so Einstein 1954 – „zum Teil ebenfalls korrumpiert und jedenfalls alle miteinander machtlos“<sup>211</sup>.

Eine Verbesserung der Gesellschaft durch Aufklärung und Erziehung musste nach Einstein aber auch an der Unbelehr- und Unerziehbarkeit der Menschen scheitern. Nur starke politische Organisationen könnten daher den Gang der Ereignisse beeinflussen, denn „die Vernunft allein hat keine Wirkung, und spräche sie [...] mit Engelszungen“<sup>212</sup>. War sein „Vertrauen auf eine bessere Zukunft und auf ein anständigeres Verhalten der Menschen“ vor dem Zweiten Weltkrieg noch vorhanden, so sah Einstein 1952 die „einzige Hoffnung“ in der Veränderung der Verhältnisse und Institutionen, etwa durch die Errichtung einer Weltregierung: „Man hofft auf das Wirken einer Maschine“, „nachdem das Vertrauen auf die menschliche Natur so schwer enttäuscht worden ist.“<sup>213</sup> Die Position des Sowohl-als-auch findet sich in seinem Brief an Hedwig und Max Born vom 12. April 1949. Darin formulierte Einstein die Auffassung, „dass man nicht alles auf das Individuum abstellen kann, da in einer auf rücksichtslose Konkurrenz eingestellten Gesellschaft (Institution) die soziale Veranlagung des Individuums verkümmern muss. Die Bemühung um Besserung muss daher wohl beide Quellen des menschlichen Verhaltens betreffen.“<sup>214</sup> Im Unterschied zur Zeit vor 1933 hatte die moralische Erziehung des Individuums somit keinen Vorrang mehr vor

<sup>207</sup> Albert Einstein an die italienische Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft im Oktober 1950, in: Einstein, Über den Frieden, S. 534.

<sup>208</sup> Albert Einstein, Das wahre Ziel menschlichen Zusammenlebens (1943), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 252.

<sup>209</sup> Ebenda.

<sup>210</sup> Einstein an Harold C. Urey, 16. 8. 1940, in: Einstein, Über den Frieden, S. 327.

<sup>211</sup> Einstein an Carlo Winteler, 10. 4. 1954, in: Ebenda, S. 599.

<sup>212</sup> Einstein an A. J. Muste, 6. 4. 1954, in: Ebenda, S. 599.

<sup>213</sup> Einstein an die Königinmutter von Belgien, 3. 1. 1952, in: Ebenda, S. 559.

<sup>214</sup> Einstein/Born, Briefwechsel, S. 239 (Klammer im Original). Siehe auch Albert Einstein, Warum Sozialismus? (1949), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 192–195. Sozialismus

der Veränderung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse. 1952 erscheint ihm in einem Brief an seinen Freund Maurice Solovine die Frage der Priorität als die Frage nach „dem Ei und der Henne [...]. Die Henne ist die politische Ordnung und das Ei die vernünftige Erziehung. Wenn es nun auch kein Ende dieses Knäuels gibt, von dem aus er sich entwirren ließe, so muss man es eben überall probieren und dabei den Mut nicht verlieren.“<sup>215</sup> Sehr wahrscheinlich ließ sich Einstein dabei bis zuletzt nicht von Fehlschlägen entmutigen, weil er immer wieder Zuflucht und Halt fand in der wissenschaftlichen Betrachtung der „Harmonie der Naturgesetzlichkeit, in der sich eine so überlegene Vernunft offenbart, dass alles Sinnvolle menschlichen Denkens und Anordnens dagegen ein gänzlich nichtiger Abglanz ist“<sup>216</sup>. So schließt auch der Brief an Solovine 1952 mit der Gewissheit: „Wenn aber alle Bemühung nicht hilft, und die Menschen in Selbsterstörung enden, so wird ihnen der Kosmos keine Träne nachweinen.“<sup>217</sup>

bedeutete für Einstein daher „Etablierung der sozialistischen Wirtschaft, vereint mit einer auf soziale Ziele eingestellten Erziehung“ (ebenda, S. 195).

<sup>215</sup> Einstein an Solovine, 7. 5. 1952, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 564.

<sup>216</sup> Einstein, *Mein Weltbild*, S. 18.

<sup>217</sup> Einstein an Solovine, 7. 5. 1952, in: Einstein, *Über den Frieden*, S. 564.